Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint Werktags. Bezugspreis frei Haus 11—17. Nov. 155 Milliarden, durch die Post 2310 Mill. Mk. ohne Zustell-Gebühr. Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft d. Bez. Halle-Merseburg GmbH. Halle Lerchenfeldstraße 14. Fernruf 1049. 1047 2251. Schriftleitung: Sprechzeit 12—1 und 5—6 Uhr.

Der Anzeigenpreis beträgt 8 Goldpfennige f. d. Millim. Höhe u. Spalte; 38 Goldpfennige f. Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textteilenteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten. Bankkonto: Commerz- und Privatbank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48. Fritz Krod, Halle.

Einzelpreis 30 Milliarden | Donnerstag, den 15. November 1923 | 3. Jahrgang Nummer 268

Der Weiße Terror wütet.

Die Weiße Pest wütet unter der von der VSPD. und ihrem mit unsterblichen Ruhm bedeckten Reichspräsidenten Ebert in den Sattel gehobenen Diktatur Seeckt. Noch umkleidet sich die Diktatur Seeckt mit dem zerschlissenen parlamentarischen Mäntelchen der formalen Demokratie, aus dessen tausend Löchern die Fratze des Weißen Terrors lugt. Am Dienstag tritt der Reichstag zusammen, und es wird sich dann entscheiden, ob die parlamentarische Attrappe eines Weißen Horthy-Regiments in Deutschland, das in Süddeutschland mit dem Namen Kahr, in Norddeutschland mit Seeckt firmiert, auf den Scheiterhaufen wandert, oder ob es Stresemann gelingt, eine parlamentarische Mehrheit für ein Kabinett zu gewinnen, das sich als willenloses Werkzeug der Seeckt-Diktatur gebrauchen läßt und den durch nichts beschränkten Weißen Terror für ganz Deutschland etabliert.

Indessen wütet der Weiße Terror nicht allein in Bayern, er dehnt sich bereits auf das schwäbische „Musterländle" Württemberg und auf Norddeutschland aus. In Thüringen ist die Reichswehr drauf und dran, alles, was irgendwie an die marxistische Arbeiterbewegung erinnert, auszutilgen. In Jena hat sie die Firma unseres dortigen Druckereiunternehmens, das den Namen Karl-Liebknecht-Haus trägt, mit schwarzer Farbe überstreichen lassen. Offenbar glauben die Herren Reichswehroffiziere damit den Namen des besten Vorkämpfers des Proletariats auch im Gedächtnis der Arbeiter auslöschen zu können. In Berlin hat Seeckt in höchsteigner Person das Streikpostenstehen der Buch- und Banknotendrucker verboten. Für ihn besteht das verfassungsmäßig garantierte Koalitionsrecht und die freie Verfügung der Arbeiter über ihre Arbeitskraft längst nicht mehr. Wozu sich aber die Seeckt-Diktatur auswächst, das zeigt die Entwicklung der Dinge in Süddeutschland. Nachdem Kahr die kommunistische und sozialdemokratische Presse verboten, die Kommunistische Partei aufgelöst, ihr Vermögen dem Staate verfallen erklärt und alle Kommunisten, falls sie sich als solche betätigen, mit Zuchthaus bedroht hat, läßt es auch dem schwäbischen Reichswehrgeneral Reinhardt keine Ruhe mehr. Seine faszistischen Reichswehrtruppen haben auch in Württemberg den Ausrottungsfeldzug gegen die Kommunisten begonnen. Ganze Dörfer werden überfallen, die Haustüren eingeschlagen, Verhaftungen in Massen vorgenommen und alles, was sich irgendwie zur Wehr setzt, niedergeschlagen. Auch vor Frauen und Kindern wird dabei nicht Halt gemacht. Die Tatsache, daß man einem kleinen Mädchen beide Beine zerschossen hat, beweist, daß der Weiße Terror in Deutschland zu der gleichen Pest wird, die in Horthy-Ungarn gewütet hat, wenn ihm das deutsche Proletariat nicht einig und geschlossen in den Arm fällt.

Was tut in diesem Augenblick die Sozialdemokratie? Sie stellt von neuem Forderungen an die Regierung Stresemann, als ob Stresemann, nachdem alle Macht der vollziehenden Gewalt durch Eberts Verordnung auf Seeckt übergegangen ist, überhaupt noch etwas zu sagen hätte! Die VSPD.-Führer fordern die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände in Bayern, sie fordern, daß die Erwerbslosenunterstützung nicht eingestellt wird und beauftragen ihrer Fraktionsführer, „Beschwerde gegen die Handhabung des Ausnahmezustandes in Sachsen und Thüringen" bei Stresemann zu führen.

Von Kampf ist in dem Beschluß, den der Zentralvorstand und die Reichstagsfraktion der VSPD. gefaßt hat, mit keinem Wörtchen die Rede. Die Herrschaften erfüllt schon der Gedanke an einen Reichstagswahlkampf mit Angst und Schrecken. Die Regierung der Seeckt-Diktatur spielt nämlich mit der Auflösung des Reichstags; für den Fall, daß sie keine parlamentarische Mehrheit findet. Die Seeckt-Diktatur handhabt die Mussolini-Methoden: Entweder ist ihm, d. h. dem schwerindustriellen Faszismus, das Parlament zu Willen, oder es wird auseinandergejagt. **Und der Reichstag absolut, wenn er Seeckts Willen tut!**

Der „Vorwärts" erklärt den Gedanken, den Reichstag aufzulösen, ohne ihn innerhalb der verfassungsmäßigen Frist von 60 Tagen neu wählen zu lassen, als verbrecherisch. Es bedeute ungeheure Gefahr, ja Anarchie für die „Außenpolitik und für Wirtschaft". Der „Vorwärts" verrät damit, daß Seeckt und Stresemann die sozialdemokratischen Mamelucken des Faszismus richtig einschätzen. Die Sozialdemokratie wird im Reichstag in die faszistische Front einschwenken, damit nur ja der Reichstag, der nichts mehr zu sagen hat, nicht aufgelöst, die sozialdemokratischen Führer ihre Mandate behalten und der Weiße Teror „legalisiert" wird.

Die Seeckt-Diktatur gibt, wie in unserm heutigen Leitartikel des näheren dargelegt wird, das Rheinland preis. Sie will sich auf das übrige Deutschland zurückziehen, um es nach der Niederwerfung des Proletariats wieder zu erobern. Sie glaubt so, den kapitalistischen Staat und die kapitalistische „Ordnung" zu retten. Müßiges Beginnen! Die Weiße Diktatur wird scheitern. Die Verträge der Schwerindustrie mit Poincaré sehen neben der Abschaffung der Achtstunden- und der Einführung der Zwölfstundenschicht, den Abschub der Erwerbslosen aus dem besetzten Gebiet vor. Die Hälfte der Bevölkerung des Rheinlands ist bereits erwerbslos. In kurzem werden es drei Viertel sein. Das Rheinland Poincaré, die hungernden Massen dem unbesetzten Deutschland der Weißen Diktatur! Damit ist, wenn ohne dem schon eine Finanz- und Währungsreform in Deutschland möglich wäre, die neue Rentenmark und jede andere Währungsreform hinfällig. Jede neue Währung geht den Weg der alten. Brot und Arbeit kann die Seeckt-Diktatur den hungernden Massen nicht geben. Sie zwingt sie, Hungers zu sterben oder sich zu erheben. Die hungernden Massen werden, müssen es tun und die Kommunisten werden ihre Führer sein!

*

Die Kommunisten sollen mundtot gemacht werden

(Eig. Drahtm.) Berlin, 14. November.

Gestern hat im Reichswehrministerium eine Konferenz stattgefunden, in der Maßnahmen zur weiteren Unterdrückung der kommunistischen Propaganda beraten worden sind. Jede legale Möglichkeit zur Herausgabe von Zeitungen oder Nachrichten soll unterdrückt werden und auch gegen andere herausgegebene Blätter soll äußerst scharf vorgegangen werden. Seeckt kann die kommunistische Wahrheit nicht vertragen.

*

Der Weiße Terror in Württemberg

Faszistische Reichswehrbestien zerschießen einem Kind die Beine

(Eig. Drahtm.) Stuttgart, 14. November.

In Württemberg geht die Reichswehr und Schupopolizei dazu über, die Ortschaften kriegsmäßig zu überfallen und alles, was als Kommunistenführer bekannt ist, zu verhaften. Bei diesen Streifen kam es natürlicherweise durch die Brutalität der betreffenden Reichswehr- und Schupotruppen zu schweren Konflikten mit der Bevölkerung. Die Reichswehr ist teilweise überhaupt keine Reichswehr, sondern besteht aus eingekleideten Faszisten. Die Truppen schlagen mit Gummiknüppel wahllos auf die Bevölkerung ein. Die verschlossenen Haustüren werden, wenn sie nicht schnell genug aufgemacht werden, eingeschlagen. Ein solcher Ueberfall geschah vor einigen Tagen in Büssingen und gestern in Schweningen. Ueberfälle auf weitere Ortschaften sind geplant. In Schweningen gab es zwei Tote und viele Verwundete, darunter ein kleines Mädchen, dem beide Beine durchschossen wurden. Etwa 187 unserer Funktionäre sind bis jetzt verhaftet worden. Da stündlich neue Verhaftungen vorgenommen werden, läßt sich die Zahl nicht genau feststellen. In Schweningen sind bis jetzt noch weitere 18 Verhaftungen dazu gekommen.

*

Ehrhardt fordert Amnestie für die Hochverräter

München, 15. November.

Der Bund „Bayern und Reich", eine über ganz Bayern verbreitete Wehrorganisation, erklärt, daß er nach wie vor getreu hinter dem Generalstaatskommissar stehe, da nur unter Kahrs Führung eine Wendung zum Bessern möglich sei. Auch der Verband vaterländischer Vereine in Augsburg erläßt eine Kundgebung desselben Inhalts; ebenso erklärt die katholische Studentenschaft in einer Entschließung, daß sie mit der unbesonnenen Haltung weiter Studentenkreise nichts gemein habe und ebenfalls voll und ganz hinter Kahr stehe.

Wie der „Miesbacher Anzeiger" meldet, haben sich Kapitän Ehrhardt und Hauptmann Heiß (Nürnberg) dem Generalstaatskommissar zur Verfügung gestellt. Sie fordern, daß alsbald eine Amnestie erlassen und den verbotenen nationalen Verbänden unter neuer zuverlässiger Führung die Möglichkeit weiteren nationalen Arbeitens gegeben werde. Gleichzeitig wird die Forderung erhoben, daß dem General v. Epp die Führung der bayrischen Reichswehr und Ehrhardt die Führung der vaterländischen Kampfverbände übertragen werde.

*

Neue Eidschwüre der Ludendorff, Ehrhardt und Konsorten

(WTB.) München, 15. November.

Hier ist wieder Ruhe eingetreten. Mittwoch vormittag wurden weitere Opfer der Schießerei vor der Residenz zur letzten Ruhe gebracht. Bei der Verbrennung der Leiche des Mitarbeiters des „Völkischen Beobachters", v. Scheubner-Richter, waren viele Offiziere, Studenten, Mitglieder der nationalsozialistischen Sturmabteilungen erschienen. Am Sarge sprachen Ludendorff und der frühere Minister Roth. Durch Handauflegen auf den Sarg beteuerten die anwesenden Führer, unter ihnen auch Kapitänleutnant Ehrhardt, der völkischen Bewegung zum Siege zu verhelfen.

*

Der Retter Ehrhardt

Aus Münchener Schilderungen geht hervor, daß der doch immerhin noch steckbrieflich verfolgte Ehrhardt beabsichtigt, die führende Rolle im Kampfe um die nationale Diktatur in Deutschland zu übernehmen. Er läßt erklären, daß seine Brigade nach ihrem Abrücken aus dem Koburgischen keineswegs an der Niederkämpfung der Nationalsozialisten teilgenommen habe, sondern daß er sich im Gegenteil ganz energisch gegen ein Vorgehen mit Waffengewalt gegen Hitler bei Kahr eingesetzt habe. — Hitler soll übrigens nicht vor das Standgericht, sondern vor das „Volksgericht" kommen, dessen Urteile, wenn es überhaupt zu einem Prozeß kommen würde (was wir für ausgeschlossen halten), ja in ihrer Art hinlänglich bekannt sind. Vor das Standgericht wird trotz der bewaffneten Kämpfe mit tödlichem Ausgang keiner von den Hitler-Ludendorff-Leuten kommen. Es werden weit eher Tausende von Kommunisten wegen ihrer bloßen Parteizugehörigkeit ins Zuchthaus wandern, als daß den „vaterländischen Weißgardisten" auch nur ein Härchen gekrümmt wird.

Der verhaßte Karl Liebknecht

Jena, 14. November.

Das kommunistische Karl-Liebknecht-Haus am Lutherplatze, in dem die Kommunistische Partei ihr Bezirksbureau und die Zeitungsdruckerei hat, ist von der Reichswehr umgetaucht worden. Der Name Liebknecht wurde durch schwarze Farbe ausgetilgt. Nun heißt es „Karl-Haus".

Die legale Rheinische Republik

Nur die Arbeiterräte sichern die Einheit Deutschlands

WTB. (Amtlich.) Berlin, 14. November.

Gegenüber vielfach, namentlich im Ausland verbreiteten Gerüchten, wonach mit Zustimmung der Reichsregierung die Errichtung einer autonomen Rheinischen Republik bevorstehe, wird von zuständiger Stelle erklärt, daß die Reichsregierung nach wie vor auf dem Standpunkt steht, daß für sie jede Diskussion über eine Veränderung der staatsrechtlichen Verhältnisse vom Rheinland und Ruhrgebiet zum Reich ausgeschlossen ist. Die Reichsregierung wird niemals einen dahingehenden Schritt tun und niemals eine Ermächtigung zur Ausrufung der Rheinischen Republik erteilen. Für das Verhältnis der Rheinlande zu den Ländern wie für jede Aenderung dieses Verhältnisses kann nur die deutsche Reichsverfassung maßgebend sein.

WTB. Berlin, 14. November.

Die Reichsregierung hat die von dem Kölner Bankier Louis Hagen gegründete Rheinische Währungsbank genehmigt.

*

Das Stresemann-Kabinett schwört amtlich, daß ihm die Einheit Deutschlands, die Erhaltung des Rheinlands beim Reich ein unverlierbarer Besitz sei. Aber während es noch den Schwursinger in die Höhe hält, wird sein Schwur schon zum Meineid: es genehmigt die Bank, die Louis Hagen in Köln zur Sanierung der Rheinischen Währung aufgemacht hat. Die Goldnotenbank des Herrn Louis Hagen, Aufsichtsratsmagnaten und größten deutschen Devisenschiebers, ist der erste legale Schritt zur Rheinischen Republik, von dem die Regierung sagt, daß sie sie nicht dulden werde. Mit der Genehmigung des Vorsitzenden der Rheinlandkommission, Tirard, hat Louis Hagen seine Bank gegründet. Poincaré also, und mit ihm die schwerkapitalistischen Großbankiers des Rheinlands, standen an ihrer Wiege Pate und Stresemann erkennt das Kindlein an. Aber er schwört.

Das wertbeständige Geld, mit der der katholisch getaufte Herr Levi Hagen unter freundlicher Mitwirkung Pariser Großbanken die rheinische Bevölkerung beglücken will, ist nicht eine Waffe gegen den Rheinfranken Poincarés und der Sonderbündler; es ist nur das ergänzende Gegenspiel des rheinischen Schwerkapitals zum Spiel der französisch-sonderbündlerischen Finanzkreise mit der Währungsreform die Grundlage für die formelle Ablösung des Rheinlands und des Ruhrgebiets von Deutschland zu schaffen.

Aber die Stresemann-Regierung schwört, daß sie das alles nicht duldet.

Weiß die Stresemann-Regierung nicht, daß die von ihr genehmigte Währungsbank nur ein Ausschnitt aus dem großzügiger Landesverrats-Programm der Stinnes, Otto Wolff, Krupp im Verein mit Louis Hagen und dem Kölner Oberbürgermeister Adenauer ist?

Ist ihr entgangen, daß schon in der vorigen Woche Paul Lensch im Stinnes-Staatsanzeiger, der „D. A. Z.", schrieb: die Regierung möge durch „verständnisvolle Beeinflussung" der Frage der Rheinischen Republik dem besetzten Gebiete wenigstens ein politisches Chaos ersparen, damit dem heutigen (!) Separatistengesindel nicht der sichere Sieg in den Schoß falle?

Weiß sie nicht, daß Adenauer, Louis Hagen und der Fünfzehner-Ausschuß des besetzten Gebiets ebenso wie der rheinische Provinziallandtag, auf dem der neue Innenminister Stresemanns, Jarres, noch große patriotische Reden über die Einheit Deutschlands hielt, einig sind in der Loslösung des Rheinlands von Preußen? Weiß sie nicht, daß alle bürgerlichen Parteien des Rheinlandes diese Forderungen zu den ihren gemacht haben? Welches politische Kind glaubt, daß heute die Loslösung von Preußen nicht auch die Loslösung des Rheinlandes und des Ruhrgebiets von Deutschland und seine Auslieferung an den französischen Imperialismus bedeutet?

Was gedenkt die Stresemann-Regierung, die auf die nationale Einheit schwört, gegen den offenen Landesverrat der bürgerlichen Parteien des Rheinlandes, seiner hohen Beamten und seiner Großbankiers und Schwerkapitalisten zu tun?

Sie ist ohnmächtig gegen diese Mächte des Schwerkapitals, von denen sie abhängt. Sie kann nur Erklärungen erlassen, denen man die Ohnmacht schon von ferne ansieht. Sie kann nur dulden und Meineide schwören. Denn was sich jetzt im Rheinland vollzieht, ist nur der logische Schluß aus der Duldung der landesverräterischen Verhandlungen der Stinnes, Krupp und Otto Wolff mit Poincaré. Die amtliche Erklärung der Reichsregierung, daß sie das Rheinland nicht abtrete, ist in Wirklichkeit nur die verhüllte Legalisierung der bereits vollzogenen Gründung der Rheinischen Republik.

Aber die Regierung läßt nicht nur bereits vollendete Tatsachen über sich widerstandslos ergehen, sie fördert durch ihre Handlungen die Loslösung. In dem Augenblick, in dem die Louis Hagen und Stinnes, Adenauer und Jarres handelseinig mit Tirard geworden sind, stellt die Reichsregierung die Arbeitslosenunterstützung im Ruhrgebiet ein, sie liefert damit Millionen deutscher Arbeiter dem Hungertode aus. Sie erzeugt dadurch das politische Chaos, aus dem Paul Lensch und Stinnes die „Rettung durch die Rheinische Republik" erhoffen. Aber nicht nur das: durch den Schlußsatz ihrer amtlichen Erklärung, daß für die Loslösung des Rheinlandes die Reichsverfassung maßgebend sei, gibt sie den schwerkapitalistischen Sonderbündlern auch den formalen Ausweg für die Gründung ihrer

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019231115-18/fragment/page=0001

Republik, indem sie sie auf die Volksabstimmung für die Begründung autonomer Länder hinweist.

Was sich jetzt mit der Duldung und Mitwirkung der Stresemann-Regierung im Rheinland vollzieht, ist die Parallele zu den Münchener Ereignissen. Wie hier die kleinbürgerlichen Faszisten die Wegbereiter und Opfer des schwerkapitalistischen Faszismus der Kahr und Lossow wurden, so werden im Rheinland die kleinbürgerlich-faszistischen Sonderbündler, gegen die das Sinnineskapital zum Kampfe aufrief, die Schrittmacher für die schwerkapitalistische Rheinland-Republik.

Deutschland wird nach der Forderung der Deutschnationalen und Völkischen, norddeutscher Junker und Schwerkapitalisten und süddeutschen Pfaffen föderalisiert: es wird verwandelt in ein Dutzend von Stinnes- und Westarp-Republiken und Rupprecht-Monarchien.

Die Generaldiktatur des Schwerkapitals und der Junker zerstört die deutsche Einheit und zerreißt die Nation. Mit der bürgerlichen Demokratie und ihrer Republik zerfällt das bürgerliche Deutschland. So wenig die tote deutsche Ebert-Republik durch alle Anträge der Sozialdemokraten auf Reichstagseinberufung wieder lebendig gemacht werden kann, so wenig kann die Generaldiktatur als die letzte Konsequenz dieser bürgerlichen Demokratie die Einheit Deutschlands wieder zusammenschmieden. Nur die Arbeiterklasse kann die verlorengegangene Einheit der Nation wieder herstellen durch ihren Sieg in ihrer Revolution, deren Kampfboden ganz Deutschland ist.

Was vor fünf Jahren die Losung des Spartakusbundes war, die einheitliche deutsche Räte-Republik, das ist heute die Kampfforderung der ganzen deutschen Arbeiterschaft in ihrer revolutionären Erhebung gegen den schwerkapitalistischen Faszismus.

Die Arbeiterklasse verteidigt nicht Deutschland in seiner überkommenen Gestalt. Für ein Groß-Preußen, das zusammengewürfelte durch die brutale Gewalt ostelbischer Junker zusammengehaltene Gebilde Hohenzollernscher Hausmacht, für das die sozialdemokratischen Minister sich eingesetzt haben, schlägt sie nicht ihr Leben in die Schanze. Sie kämpft nicht um die Erhaltung eines zerbrochenen Staates. Sie kämpft um die Schaffung eines neuen einheitlichen Deutschland, das ihr Werk, das Werk der Revolution ist. Sie kämpft um ein Deutschland, das der werktätigen Bevölkerung aller Schichten und aller Gegenden ihre wirtschaftlichen und kulturellen Bedürfnisse sichert. Sie kämpft um ein Deutschland, in dem diese Gliederung nach wirtschaftlichen und kulturellen Interessen in einer einheitlichen festen Verwaltung zusammengefaßt ist. Dies Ziel kann nur verwirklicht werden durch die Selbstverwaltung aller Werktätigen in ihren Räten. Die Räte der Arbeiter, in denen sie die Interessen der westfälischen Bergarbeiter, der pommerschen Kleinbauern und mecklenburgischen Landarbeiter gleichermaßen wahrnehmen und verwirklichen können, weil sie aus dem Kampf dieser Arbeiter, Kleinbauern und Landarbeiter um die Verteidigung ihrer Existenz gegen den Faszismus hervorwachsen, schaffen die neue Einheit der arbeitenden deutschen Nation.

Der Kampf um die vom Faszismus zerschlagene Einheit Deutschlands ist der Kampf um die Diktatur des Proletariats, um Räte-Deutschland.

Vor der Auflösung der Kommunistischen Partei

(Eig. Drahtm.) Berlin, 15. November.

Die „Deutsche Zeitung" bringt eine große tendenziöse Meldung, über die Verhaftung von einigen kommunistischen Geheimkurieren, bei denen angeblich wichtige Geheimdokumente und Devisenbestände vorgefunden wurden. Die „Deutsche Zeitung" nimmt dazu Anlaß, um von einem großen vorbereiteten Putsch zu reden. Es werden die kommunistischen Abgeordneten Eberlein und Geschke genannt, die eine besondere Abteilung für die Zersetzungsarbeit in der Reichswehr eingerichtet hätten. Es ist ganz klar, daß die tendenziöse Meldung der „Deutschen Zeitung" nur dazu dienen soll, dem Oberbefehlshaber das Recht zu geben, gegen die Kommunistische Partei Deutschlands so vorzugehen, wie Kahr gegen die Kommunistische Partei in Bayern vorgeht, um die Kommunistische Partei Deutschlands auflösen zu können. Eine Bestätigung der Polizei liegt bis jetzt noch nicht vor. Aber zweifellos handelt es sich darum, daß die Nationalisten durch diese Meldung, die groß aufgemacht ist, ihre eigenen Putschabsichten damit verdecken wollen. Die Arbeiterschaft wird den Nationalisten eine gebührende Antwort geben müssen. Die Verhaftung der Kuriere soll dazu führen, auch in den anderen Städten noch mehr kommunistische Funktionäre festzusetzen.

(Eig. Drahtm.) Berlin, 14. November.

Heute nachmittag 4 Uhr wurde die Friedrichstadtdruckerei versiegelt, in der die „Rote Fahne" hergestellt wird.

Ludendorff und die Reichswehr

Held Ludendorff, stets tapfer im Auskneifen, hat sich auch wieder im Münchener Putsch, wie seinerzeit im Kapp-Putsch, tapfer bewährt. Dieses „Standbild" der Patriotentreue will es auch diesmal nicht gewesen sein; er warf sich im entscheidenden Moment, als die ersten Flintenschüsse der Reichswehr knallten, glatt zu Boden und blieb so lange liegen, bis alle Gefahr vorüber war und ein Offizier ihn verhaftete. Jetzt spielt er vorläufig wieder den Irregeführten und Getäuschten — bis zur nächsten Gelegenheit. Die Reichswehr, die ihn keineswegs unsanft bei sich aufnahm, bewies übrigens, wie selbst rechtsstehende Blätter berichteten, eine sonst unerhörte Langmsgeduld, indem sie sich von den Anhängern der ausgekniffenen schwarzweißroten Helden anspucken ließ und alle Beschimpfungen und Beleidigungen der alten und jungen Kadetten, männlichen und weiblichen Geschlechts, die für Ludendorff Partei nahmen, geduldig hinnahm. Wenn Arbeiter und Republikaner auf den Straßen gegen die Reichswehr auch nur den kleinen Finger zu heben sich erlauben, dann sausen ihnen auch schon die blauen Bohnen in den leeren Bauch. Aber mit den Bundesgenossen von gestern und morgen kann man natürlich nicht so grausam umspringen.

Völkische „Treue"

Die Leitung des Jungdeutschen Ordens erklärt, daß die Abteilungen, welche in Koburg unter dem Namen des Ordens auftraten, hierzu keine Berechtigung haben. Sie sind vor geraumer Zeit vom Orden abgetrennt worden, da ihre Führer Johnsen und Dietrich sich in keiner Weise der Ordensdisziplin gefügt und unaufhörlich den Anordnungen der Ordnerleitung zuwider gehandelt haben.

*

Die genannten Abteilungen haben sich am Hitler-Putsch aktiv beteiligt und werden nun von ihren Führern feig desavouiert, nachdem die andere Richtung die Oberhand bekielt. Das ist die „Treue" der völkischen Drahtzieher, die von Unternehmergeldern sich auszuhalten lassen.

Seeckt verbietet das Streikpostenstehen

(Eig. Drahtm.) Berlin, 15. November.

Das Wehrkreiskommando III hat eine Verordnung erlassen, nach der das Streikpostenstehen eine strafbare Handlung ist und derjenige, der Streikposten steht und Arbeitswillige von der Arbeit zurückhält, bestraft werden kann. Wenn Streikposten vor lebenswichtigen Betrieben stehen, so kann der Streikposten auch sofort festgenommen werden und wegen der Verweigerung der Arbeit bestraft werden. In Berlin ist ein Berufsverband „Deutscher Buchdrucker" gegründet, der sich dem Nationalverband deutscher Berufsverbände angeschlossen hat; es ist also eine gelbe Sumpfpflanze.

Schlag für Schlag saust auf die Arbeiterklasse nieder. Nach dem Streikverbot das Verbot des Streikpostenstehens. Rücksichtslos geht die faszistische Generaldiktatur ihren Weg zur vollständigen Knebelung der Arbeiterklasse weiter. Und die Arbeiterklasse wehrt sich kaum. Die Buchdrucker, die in ihrem Kampfe um Goldlöhne heute an der Spitze der gesamten Arbeiterschaft stehen, nehmen diese Schläge widerstandslos hin. Auf die Beseitigung des Streik- und Koalitionsrechtes hätte als Antwort die Stillegung der gesamten bürgerlichen Presse erfolgen müssen. Das wäre die einzig richtige Antwort gewesen. Und wenn das noch nicht genügt hätte, der Militärdiktatur zu zeigen, wie ohnmächtig sie ist gegenüber einer Arbeiterschaft, die zum Kampf entschlossen ist, dann dürften die Buchdrucker auch vor weiteren Maßnahmen nicht zurückschrecken, durch die den Weißen Generalen mit aller Deutlichkeit vordemonstriert wird, daß nur die Arbeiterschaft es ist, die das Wirtschaftsleben aufrechterhält, und daß die Herrschaft der Weißen Generale mitsamt ihren Faszisten auf tönernen Füßen steht, daß die Generaldiktatur ein tönerner Koloß ist, der beim ersten Atemzug der revolutionären Arbeiterschaft zusammenstürzt.

Immer deutlicher und klarer tritt der politische Charakter dieses Lohnkampfes hervor. Das Streik- und Koalitionsrecht ist beseitigt. Was heute mit den Buchdruckern geschieht, wird morgen unter der Generaldiktatur mit jeder anderen streikenden Arbeiterkategorie geschehen. Der Schlag Seeckts richtet sich gegen die gesamte Arbeiterklasse, in erster Linie gegen die Gewerkschaften. Was tut der Vorstand des ADGB., was tun die sozialdemokratischen Führer des Buchdruckerverbandes? Nichts. Der Vorstand des Buchdruckerverbandes unternimmt keine Schritte zur Verbreiterung des Kampfes, und der Vorstand des ADGB. erklärt, der Berliner Buchdruckerstreik geht ihn nichts an, denn die Buchdrucker hätten ihn ja noch nicht um Hilfe angerufen. Außerdem sehen diese sozialdemokratischen Gewerkschaftsbonzen, die vor Ausbruch und noch am ersten Tage des Streikes im „Vorwärts" gegen diesen Streik hetzten, es gar nicht so ungern, wenn dieser Streik zur Niederlage führt; werden doch dann die verhaßten kommunistischen Funktionäre aus den Betrieben entfernt und vielleicht durch die Verordnung Seeckts, zu der der „Vorwärts" durch seine Schreibweise erst die Unterlagen gegeben hat, sogar ihrer Tätigkeit in der Gewerkschaft durch längere Gefängnisstrafen beraubt.

Die Arbeiterschaft sieht klar, daß ohne Organisation dieser Streik nicht hätte geführt werden können, sie erkennt aber auch, daß die jetzigen sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer alles das tun, was diesen Streik zur Niederlage führen muß. Uns ist die Arbeiterschaft zu lieb, um das nicht klar auszusprechen, auch wenn jetzt die verkappten Faszisten im Lager der Arbeiterklasse über uns herfallen werden.

Was ergibt sich daraus für die Arbeiterschaft? Die Organisationen der Arbeiterschaft müssen weiter ausgebaut und gestärkt werden. Die sozialdemokratischen Führer, die durch ihre Politik die Gewerkschaften zu ohnmächtigen Gebilden herabgewirtschaftet haben, die durch ihre Judasrolle es fertig gebracht haben, daß die gelben Verbände jetzt wie Pilze aus der Erde wachsen, müssen beseitigt werden. Die oppositionellen Elemente in den Gewerkschaften müssen sich fest zusammenschließen, um die Gewerkschaften zu retten, um sie zu Kampforganisationen der Arbeiterklasse zu machen. Die Weimarer Konferenz am 25. November ist der Anfang des oppositionellen Zusammenschlusses. In Weimar wird es sich zeigen, ob die deutsche Arbeiterklasse den Ernst der Zeit erkannt hat. Deshalb muß jeder Ortsausschuß seine Delegierten nach Weimar entsenden, um der verräterischen Gewerkschaftsbureaukratie einen starken Damm entgegenzusetzen, um die Schlagkraft der Gewerkschaften zu erhalten.

Die Steigerung der Lebenshaltungskosten

(Eig. Drahtm.) Berlin, 15. November.

In der Woche vom 8. bis 14. November betrugen für ein Ehepaar mit zwei schulpflichtigen Kindern die Ausgaben, die nötig sind, um annähernd so leben zu können, wie in der Vorkriegszeit:

für Nahrung	13 714 000 000 000	Mk.
für Kleidung, Heizung, Fahrgeld, Wohnung	10 466 400 000 000	„
für 8 Prozent Steuern	1 934 000 000 000	„
zusammen:	26 114 400 000 000	Mk.

Die Steigerung von beinahe 17 Billionen oder 178,6 Prozent gegen die Vorwoche beruht auf der wucherischen Verteuerung der Heraufsetzung der Goldmarkpreise für alle Lebensmittel und lebensnotwendigen Bedarfsgegenstände. Gegen die Vorkriegszeit sind die Lebenshaltungskosten um das 796 656 500 000fache gestiegen.

Gemessen am proletarischen Existenzminimum für Groß-Berlin sind 600 Milliarden nur noch 15,9 Pfennige wert. Bei einem Mindeststundenlohn von 60 Friedensgoldpfennigen hätte der Arbeiter in der vorigen Woche mindestens 478 000 000 000 Mark in der Stunde verdienen müssen.

Der amtliche Hungerindex

Berlin, 15. November.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des statistischen Reichsamtes für Montag den 12. November, auf das 218,5 milliardenfache der Vorkriegszeit. Die Steigerung gegenüber der Vorwoche beträgt demnach 121,8 v. H.

Der Großhandelsindex

Berlin, 15. November.

Die auf den Stichtag des 13. November berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes ergibt bei einem amtlichen Dollarkurs von 840 Milliarden das 265,6milliardenfache der Vorkriegspreise und ist gegenüber dem Stande vom 6. November um 106 v. H. gestiegen.

*

Das wird eine Hungerwoche werden. In zwei Tagen ist der Dollar um das Doppelte gestiegen, nachdem er künstlich auf 630 Milliarden eine Zeitlang gehalten worden ist. An der Neuyorker Börse ist der Dollar schon längst mit 2½ Billionen Papiermark notiert worden und die Preise der hauptsächlichsten Lebensmittel haben sich danach gerichtet. Der Indexlohn, wenn ihn die Unternehmer überhaupt zahlen, kommt erst in der nächsten Woche zur Geltung, da er frühestens am Freitag ausgezahlt wird, während die Preise heute bereits überholt sind. Also Prolete, schnalle Deinen Schmachtriemen noch enger oder — kämpfe für einen auskömmlichen Lohn.

Zum Verrat die Verleumdung in Sachsen und Thüringen

Wie sozialdemokratische Faszisten in Thüringen lügen

Die Thüringer Sozialdemokraten beschäftigen sich in einem Aufruf mit dem Austritt der Kommunisten aus der Regierung. Sie verraten mit ihren tendenziösen Entstellungen über den Hergang der thüringischen sozialdemokratisch-kommunistischen Koalitionssprengung nur ihr schlechtes Gewissen. Mit dem Austritt der kommunistischen Minister haben die Sozialdemokraten ihr Ziel erreicht. Jetzt schimpfen sie auf die Kommunisten, daß sie „die Republik zertrümmern" wollten und die Arbeiterschaft „leichtfertig" zum Kampf aufgerufen hätten. Sie suchen dabei vergeblich, sich von dem Vorwurf reinzuwaschen, daß der Verrat und die feige unentschlossene Haltung der Sozialdemokratie das Nichtarbeiten des außerparlamentarischen Ausschusses, der von den Sozialdemokraten provozierte Einzug der Reichswehr, sowie die unverantwortlichen Befehle des Kommunistenfressers Müller-Brandenburg den Austritt zwangsläufig herbeigeführt haben. Die Sozialdemokraten verlangen noch heute, auf dem von Maschinengewehren durchlöcherten Rechtsboden mit papiernen demokratischen Phrasen die Republik zu verteidigen und behaupten, daß die Kommunisten täglich unkontrollierbare Gerüchte verbreitet hätten, denen jede Unterlage fehlte. In Wirklichkeit ist es also wohl auch nicht wahr, daß die Reichswehr in Sachsen und in Thüringen gegen die Arbeiterschaft so furchtbar gewütet hat, daß selbst sozialdemokratische Blätter, so zum Beispiel die Frankfurter „Volksstimme", wegen der einfachen Tatsachenschilderung verboten wurden. Es sind wohl auch keine Verhaftungen und Mißhandlungen sozialdemokratischer Bürgermeister, Funktionäre usw. vorgenommen worden, weil sie angeblich die proletarischen Abwehrhundertschaften geduldet oder gefördert hätten. Wie man die kommunistischen Regierungsmitglieder nachträglich durch den Schmutz zu ziehen versucht, geht ja auch aus den Vorgängen in Sachsen hervor, wo man die kommunistischen Minister schon deshalb unter Anklage zu stellen versucht, weil sie aus Staatsmitteln den hungernden Erwerbslosen Kartoffeln und Fische verschafft hatten.

Es war ein zäher Kampf, den unsere Genossen gegen die sozialdemokratischen Verräter und Saboteure auch innerhalb der Regierung führen mußten. Mit schamloser Offenheit gingen die Sozialdemokraten Frölich und Konsorten sogleich ans Werk, um die Position, die sie unter dem Druck der Arbeitermassen gegen die Offensive des Faszismus errichteten, zu unterhöhlen und die drei kommunistischen Regierungsmitglieder aus der Koalition wieder herauszumanövrieren. Wiesen doch die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder und mit ihnen die sozialdemokratischen Gewerkschafts- und Parteiinstanzen die Forderung der Kommunistischen Partei auf aktive Solidarität durch Ausdehnung des sächsischen Generalstreiks auf Thüringen, das durch den Kampf gegen Sachsen aufs äußerste bedroht war, ab. Der thüringische Ministerpräsident Frölich verpflichtete sich dem Reichskanzler Stresemann gegenüber, daß er ohne Hilfe der entsicherten Gewehre die sozialdemokratisch-kommunistische Regierungskoalition sprengen würde. Er gab die Zustimmung zum Einmarsch der Reichswehr, obwohl er wissen mußte, daß sie nicht gegen den Faszismus, sondern zur Verfolgung der Arbeiter-Regierung nach Thüringen kommen werde. Wie Zeigner in Sachsen schon vor dem militärischen Gewaltstreich offen entschlossen war, die kommunistischen Regierungsmitglieder zu entlassen, so hatte auch der thüringische Ministerpräsident Frölich bereits in der sozialdemokratischen Presse Thüringens erklärt, daß die Regierungskoalition mit den Kommunisten unhaltbar, und daß man auch in Thüringen dazu übergehen müßte, gemeinsam mit den „verfassungsmäßigen" bürgerlichen Parteien, d. h. den Demokraten und der Deutschen Volkspartei, eine Regierung gleich der in Sachsen, Preußen usw. zu bilden. Zugleich setzte dann die Verfolgung der Kommunistischen Partei und der Abwehrformationen durch die Regierungsorgane im Bunde mit der Reichswehr ein, und aus der Nichtbeachtung des Widerspruchs der kommunistischen Regierungsmitglieder blieb unseren Vertretern denn garnichts anderes übrig, als aus dieser Regierung des Verrats an der proletarischen Einheitsfront auszutreten und an die Entscheidung der Arbeitermassen zu appellieren.

Die Zerstörer der proletarischen Einheitsfront haben sich somit wieder einmal in der faszistenfreundlichen Praxis der Sozialdemokratie schändlich offenbart. Die Vorgänge in Sachsen und Thüringen werden dem gesamten Proletariat eine Lehre sein müssen, die geschlossene Phalanx der Arbeiterklasse über alle Verrätereien hinweg von unten auf zur einheitlichen Kampffront zu formieren.

Erklärung des Genossen Böttcher gegen die Verleumdungen der MSPD.-Führer

Die Sozialdemokratie versucht, vor der Arbeiterschaft ihren schamlosen Verrat bei der Reichsexekutive in Sachsen durch eine Verleumdungskampagne gegen die KPD., insbesondere gegen die ehemaligen Mitglieder der sozialdemokratisch-kommunistischen Regierung zu verschleiern.

Zur Durchkreuzung dieses Manövers gab Genosse Böttcher in der Landtagssitzung vom 8. November folgende Erklärung ab:

Abg. Beitzke hat in der Sitzung des Landtages vom 6. Oktober meine Angaben über die Konspirationen gewisser sozialdemokratischer Führer mit den Kommunisten, sowie die Täuschung, daß neun Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion bereit waren, ein bürgerliches Mißtrauensvotum gegen das Kabinett Zeigner zu unterstützen, als Verleumdungen bezeichnet.

Ich halte jedes Wort von dem Gesagten aufrecht. Den Beweis für diese Behauptungen kann ich jeden Augenblick erbringen. Ich werde den Beweis antreten, wenn ich das politisch für zweckmäßig halte. Ich habe weiter folgendes zu erklären:

1. Nach der Chemnitzer „Volksstimme", in der der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dittmann in einer Versammlung der MSPD. am 6. November in Chemnitz erklärt:

„In einigen Tagen wird auch bekannt werden, daß Heckert 800 Billionen Mark überwiesen wurden, die für unbekannte Zwecke verwendet wurden."

Die fraglichen 800 Billionen Mark sind vom Finanzministerium dem Wirtschaftsministerium überwiesen worden zur Durchführung von Notstandsmaßnahmen für besonders notleidende Bevölkerungskreise. Diese Notstandsaktion ist vom Wirtschaftsministerium eingeleitet worden.

Dem Reichstagsabgeordneten Dittmann ist sehr gut bekannt, daß Staatsgelder überhaupt nicht in den persönlichen Besitz des Ministers gelangen, sondern auf dem Wege der Ueberweisung in jedem Falle weitergeleitet werden. Diese bewußte Verleumdung verfolgt deshalb nur den Zweck, die damaligen Minister als Betrüger hinzustellen und damit die Notwendigkeit der Reichsexekutive zu begründen.

2. Von sozialdemokratischer Seite wird behauptet, ich habe während meiner Amtszeit als Minister ein halbes Dutzend Kommunisten in Posten untergebracht. Leider scheiterte mein Versuch, im Finanzministerium sofort mit entscheidenden Eingriffen eine Reinigung der Verwaltung von konterrevolutionären Elementen durchzuführen, an dem Widerstand sozialdemokratischer Kabinettsmitglieder. Es war mir deshalb nur möglich — allerdings wieder gegen den Widerstand sozialdemokratischer Regierungsmitglieder —, vier Sozialdemokraten zu ernennen bzw. einzustellen. Nur ein Mitglied der KPD. konnte durch Versetzen aus dem Justizministerium nach dem Finanzministerium übernommen werden. Mit stillschweigender Duldung der sozialdemokratischen Minister, insbesondere des Finanzministers Heldt, sind diese Maßnahmen jedoch bereits inhibiert worden.

3. Stadtverordneter Freitag (Leipzig) hat in einer öffentlichen Versammlung behauptet, ich habe der Abfindung des sächsischen Königshauses zugestimmt. Diese Behauptung ist unwahr. Ich konnte dieser Abfindung schon deshalb nicht zustimmen, weil der Standpunkt meiner Partei in dieser Frage sich nicht geändert hat.

4. Im Landtag ist von verschiedenen Seiten behauptet worden, das Getreide der Internationalen Arbeiterhilfe sei ausschließlich aus sächsischen Beständen entnommen. Zu dieser Behauptung, die hier mehrfach aufgetaucht ist und schon mehrfach zurückgewiesen wurde, werde ich noch eine authentische Erklärung abgeben. Auch die Internationale Arbeiterhilfe wird hierzu noch das Wort nehmen, um an Hand von Zahlen den Nachweis zu bringen, daß es sich hier um eine jener bewußten Entstellungen und Verleumdungen handelt, mit denen man gegen die Kommunistische Partei seither gearbeitet hat

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019231115-18/fragment/page=0002

Der Berliner Buchdruckerstreik — ein Landesverrat

Der Kampf der Berliner Buchdrucker um die sogenannten „Goldlöhne", das heißt in Wirklichkeit um Löhne, die wenigstens im entferntesten einem nackten Lebensexistenzminimum entsprechen würden, hat sich zu einem großen politischen Ereignis ausgewachsen. Herr Reichskanzler Stresemann, der in seiner Rede in Halle aus Anlaß der bayrischen Putschfahrt nur von seinen „seelischen Erschütterungen" zu erzählen wußte, hielt es für angebracht, als er auf den Berliner Buchdruckerstreik zu sprechen kam, die stärksten Töne anzustimmen. Nachdem er erklärte, daß er noch nicht sagen kann, ob wir schon auf dem tiefsten Punkte angelangt sind, und daß nichts so falsch wäre, als hierüber sich in Illusionen zu wiegen, führte er weiter wörtlich aus (nach dem Bericht der „Leipziger Neuesten Nachrichten" vom 12. November):

„Dazu kommt noch der ungeheure Egoismus einzelner Volksschichten. Wir befinden uns auf dem Höhepunkt der Währungskrisis, im Uebergange der alten zur neuen Währung. Am 15. November sollen 300 Millionen Rentenmark in den Verkehr gegeben werden. Seit Sonnabend früh 7 Uhr streiken aber die Notendrucker in sämtlichen Betrieben Berlins. Heute ergehen die Maßnahmen, die zum Ausdruck bringen, daß kein Arbeiter und Beamter dieser Druckereien das Recht auf Weiterbeschäftigung hat, wenn er nicht morgen, Montag, früh zur Arbeit anritt. (Stürmischer Beifall.) **Wer jetzt den Druck der Noten verhindert, begeht Landesverrat.**"

Also die Buchdrucker, die um einen Lohn kämpfen, der sie und ihre Familien vor Hunger schützen könnte, begehen nach den Aeußerungen dieses Kanzlers, der noch heute aufs äußerste das Scheitern der Großen Koalition bedauert, einen Landesverrat. Kahr und Ludendorff, die sich von Hitler und anderen Söldlingen Poincarés „vergewaltigen" und „täuschen" ließen, die das Reich in Stücke reißen — sie begehen den Fehler, sich zu sehr „von Stimmungen der Straße abhängig machen zu lassen". Da haben wir die Klassengerechtigkeit wie sie leibt und lebt! Da haben wir auf der Hand, daß Stresemann, Seeckt und Kahr ein Herz und eine Seele — gegen das Proletariat sind!

Die faszistischen Generale Seeckt und Horn, die sich von Hitler nicht „vergewaltigen" zu lassen brauchten, weil Ebert, Sollmann und Stresemann ihnen bereitwilligst die ganze Machtvollkommenheit übergeben hatten, sorgten schon am Montag dafür, daß die Worte Stresemanns zur Wahrheit gemacht werden. Die Verordnungen von Seeckt und Horn, die den Notendruckerstreik „verbieten", die den Buchdruckern „befehlen", die Arbeit wieder aufzunehmen, sind ein Gipfel der Unverschämtheit und Frechheit, mit der in der „freiesten Republik der Welt" gegen das unantastbarste Recht der Arbeiterklasse vorgegangen wird. Aber die Herrschaften beeilen sich noch, zu beweisen, daß sie gegen die „Landesverräter" mit geschliffenem Säbel und trockenem Pulver vorzugehen verstehen. Als der sozialdemokratische Referent in der Versammlung der Funktionäre der streikenden Buchdrucker mit Befriedigung „die loyale Handhabung des Polizeipräsidenten und Zivilkommissars Richter" hervorhob, drang die Polizei Richters und Severings mit entsicherten Karabinern und Maschinenpistolen von allen Seiten in die Versammlung ein und trieb dieselbe auseinander. Und wenn der Stegerwaldsche „Deutsche" sich darüber beschwerte, daß Montag früh bei Arbeitsaufnahme der Berliner Polizeipräsident nicht genügend Polizeimannschaften aufgeboten hatte, um die Arbeitswilligen zu schützen, was von Seeckt den christlichen Streikbrechern ausdrücklich zugesagt haben soll, so kann man schon dessen sicher sein, daß nach der gestrigen Einexerzierung die Severing und Richter heute ihren Mann gegen die streikenden Buchdrucker vorzüglich stellen werden.

Also: **Ebert und Stresemann, Seeckt und Kahr, Severing, Richter und Horn in einer Kampffront gegen „landesverräterische" Buchdrucker, die um auskömmliche Löhne kämpfen — das ist das Merkmal der augenblicklichen Situation!** Gehen wir der Sache etwas näher auf den Grund.

Landesverrat ist alles, was sich gegen die ureigensten Interessen des Landes richtet und eine Gefahr für dasselbe herbeiführt. Da muß aber die Frage gestellt werden: Was ist Landesinteresse, wer vertritt es, wer ist berufen — falls die Meinungen darüber auseinandergehen —, zu entscheiden, was Landesinteressen sind?

Selbst den Juristen wäre vor einigen Jahren nicht eingefallen, daß der Streik einer Kategorie von Arbeitern verboten werden könnte, die eine Bestellung der Regierung als Arbeiter eines Privatunternehmens ausführt. Heute wird aber der Druck der Noten von Ebert, Seeckt, Severing und Richter als „lebenswichtig" erklärt und der Streik der Notendrucker wird mit Waffengewalt niedergedrückt. Wen vertreten aber diese Herrschaften? Wer erteilt ihnen das Recht, im Namen des Landes dieses oder jenes als Landesverrat zu brandmarken und als Landesverrat mit allen Machtmitteln des Staates zu bekämpfen? Seeckt regiert infolge der Vollmachten, die ihm von Ebert erteilt, Stresemann infolge derer, die ihm von der Großen Koalition gegeben worden sind. Aber Ebert wird gegenwärtig von einer großen Mehrheit von jenen desavouiert, die ihm vor längerer Jahresfrist seine Präsidentenvollmachten erteilt haben — sowohl auf der rechten wie auf der linken Seite. Was Stresemann anbelangt, so ist auch ihm gegenwärtig seine stärkste parlamentarische und „demokratische" Stütze, die Sozialdemokratie, entwichen. Der Vorstand der MSPD. verlangt die sofortige Einberufung des Reichstags, und der „Vorwärts" erklärt, daß „der gegenwärtige Zustand des Regierens ohne Ziel schon mit Rücksicht auf den Bestand des Reiches nicht mehr länger erträglich ist". Ein Teil des Zentrums, in dessen Namen die Stegerwald-Organisation sprechen darf, erklärt einerseits, daß, „wenn der Wirrwarr und die vollkommene Führungslosigkeit bei den Rechtsparteien so weiter wirkt, dann kann die Sozialdemokratie auch in Ruhe die Selbstausschaltung der anderen Parteien abwarten". Auf diese Weise kann man getrost behaupten, daß Herr Stresemann niemand mehr als **einen Haufen von demokratischen Bankmagnaten, Zentrums- und volksparteilichen Schwerindustriellen mit Stinnes, Thyssen, Klöckner an der Spitze vertritt. Der „Landesverrat" ist Verrat der Interessen der Bande dieser Ausplünderer und Ausbeuter der breitesten Massen des deutschen Mittelstandes, Kleinbauerntums, der Arbeiter, Angestellten und Beamten.**

Auf der anderen Seite stehen die Buchdrucker. Sie sind auf Grund einer Urabstimmung in den Kampf getreten um die sogenannten Goldlöhne, also, wie gesagt, um auskömmliche Löhne. Sie erscheinen auf diese Weise als Vortrupp aller Schichten und Kategorien der Arbeiterschaft, Angestelltenschaft und Beamtenschaft, die seit Wochen unter dem Druck der Festsetzung aller Preise durch die Agrarier und Kapitalisten in Goldmark stehen, während sie selbst Papierlappen als Lohn bekommen. Der Kampf der Buchdrucker ist deshalb mit der Atmosphäre heißester Sympathie der werktätigen Massen umgeben. Die Regierung erklärt sich ohnmächtig, der Festsetzung der Preise in Goldmark entgegenzuwirken — so jüngst der Reichswirtschaftsminister Köth in einer Aussprache mit den Vertretern des Christlichen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Die Regierung verspricht seit Wochen, wertbeständiges Geld in den Umlauf zu bringen. Die werktätigen Massen erkennen aber mit jedem Tag klarer, daß diese Versprechungen Schwindel und Betrug sind, daß wahr ist, daß die bürgerliche Regierung nichts gegen den Wucher der Agrarier und Kapitalisten zu unternehmen gewillt ist. Deshalb stehen hinter den kämpfenden Buchdruckern die breitesten Massen des werktätigen Volkes, wenngleich auch ihr Kampf das Erscheinen der Rentenmark um einige Tage verzögert. Die werktätigen Massen wissen ganz genau, daß die Rentenmark das Geld der agrarischen und kapitalistischen Wucherer sein wird, solange die Macht in den Händen ihrer politischen und militärischen Sachwalter liegt. Deshalb betrachten sie nicht den Kampf der Buchdrucker als Landesverrat. Deshalb würden sie, wenn die Stresemann-Regierung mit allen Mitteln des bürgerlichen Staates gegen die Buchdrucker vom Leder zieht, die Buchdrucker mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Machtmitteln unterstützen, sonst würden sie einen wirklichen Landesverrat, einen Verrat an ihren ureigensten Interessen begehen.

Aus den Betrieben und Werkstätten

Aus der Wolfsener Anilinfabrik

Vorbereitungen zur Kapitalsdiktatur

Die Bestrebungen der rheinischen Industriellen zur Beseitigung des Achtstundentages lassen scheinbar die Großindustriellen der Chemie nicht ruhen; diese glauben, ihrer Sippe in nichts nachstehen zu dürfen. So wird uns bekannt, daß Betriebsleiter der Anilinfabrik Wolfsen auf Anfordern der Direktion Vorschläge über eine verlängerte Arbeitszeit einreichen. Danach sollen die Proleten, die jetzt schon nicht genügend Brot haben, um acht Stunden ohne knurrenden Magen arbeiten zu können, zehn Stunden in der Tagschicht (von morgens 6 Uhr bis abends 6 Uhr) arbeiten; die B-Schicht soll von 1 Uhr mittags bis 10 Uhr abends, also neun Stunden, schuften, und die Nachtschicht von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens. Die Zustände in der Farbenfabrik Wolfsen spotten überhaupt jeder Beschreibung; das Spitzelwesen wird dort direkt in Reinkultur gezüchtet. Die Herren Sicherheitsbeamten werden extra als Abortkontrolleure ausgebildet. Es existiert zwar eine Wohlfahrts- und Sozialabteilung, aber von sozialem Geist ist absolut nichts zu spüren, noch viel weniger von Wohlfahrt; denn die im einzelnen erteilten „Wohltaten" müssen die anderen Arbeiter doppelt bezahlen. Daß gerade in der jetzigen Zeit derartige Vorstöße gegen die letzte Errungenschaft der Novemberrevolution, den Achtstundentag, von den Großindustriellen unternommen werden, zeigt deutlich den Zusammenhang mit den zur Niederschlagung der Arbeiterschaft bereitstehenden Faszistenhorden. Die Machthaber der Anilinfabriken müßten eigentlich von den in Berlin und München von den Hakenkreuzlern veranstalteten Judenpogromen entschieden abrücken, aber sie tun das Gegenteil und unterstützen die Bestrebungen der republikfeindlichen Organisationen aufs tatkräftigste, indem sie Stahlhelmmitgliedet beurlauben und finanzieren. Während andere Werke und Industrien bedeutend höhere Zahlungen an ihre Arbeiterschaft leisten, bringt es die „Agfa" nicht einmal fertig, die tariflichen Bestimmungen einzuhalten und die Summen zur Auszahlung zu bringen, die sie verpflichtet ist zu zahlen. Die wirtschaftliche Lage der Metallindustrie ist doch jedenfalls schlechter als die der chemischen Industrie, die hauptsächlich an das Ausland liefert und ihre Devisen jedenfalls für die Herren Aktionäre gebraucht. Dabei provoziert diese Gesellschaft bewußt die Arbeiterschaft, die bei Kartoffeln und Mohrrüben statt Brot schwere körperliche Arbeiten leisten soll. Hoffentlich gehen nun bald allen Arbeitern die Augen auf, daß sie die Ursachen ihres Elendes erkennen und diesen „Wohltätern" den richtigen „Dank" abstatten.

„Rübensaft gibt Kraft!"

Es muß schon so sein, denn sonst wäre es ja nicht zu verstehen, wie die ausgemergelten Proleten in der Zuckerfabrik Teutschenthal 12 bis 15 Stunden, und oft noch länger, arbeiten können. Der Lohn, der den Arbeitern gezahlt wird, gelangt derart verspätet und entwertet in ihre Hände, daß sie sich kaum noch das Brot kaufen können. Der Durchschnittsverdienst für die vergangene Lohnwoche betrug rund 500 Milliarden. Davon hatten die Arbeiter bis Sonnabend glücklich 200 Milliarden in den Händen. Nicht allein daß dieses Geld schon sehr entwertet in den Besitz der Arbeiter gelangt, müssen die übrigen Milliarden, die man noch innehebält, vollends entwerten.

Wo da die Arbeiter noch die Lust und die Kraft zur Arbeit hernehmen sollen, wissen die Götter.

Daß aber trotzdem nicht zu wenig geleistet wird, dafür sorgen besonders zwei Antreiber im Schweiße ihres Angesichts. Selbst die Frühstückspausen fallen öfters dieser Prozentwut zum Opfer. Wem es nicht paßt, kann gehen, bekommt man sofort zu hören, wenn man murrt. Als den Arbeitern am Montag wieder 50 bis 70 Milliarden in die Hände gedrückt wurden und verschiedene sagten, was sie damit anfangen sollten, vertröstete man sie auf die nächsten Tage, **wo man ihnen ein paar Pfund Saft geben wollte.** Also, Kumpels, tröstet Euch, man wird Eure Bitternis mit Rübensaft versüßen. Wäre es nicht so traurig, man könnte hell aufschreien. Wie lange wollen sich die Arbeiter noch zum Trottel hergeben? Schließt Euch zusammen, seid einig, und keine Stunde mehr geschafft, als acht Stunden pro Schicht. Vor den Toren stehen noch viele Arbeitslose, die auch untergebracht sein wollen. Besonders diejenigen Arbeiter, die sich sonst „Sozialisten" und „Kommunisten" nannten, fordern wir auf, aus rein proletarischem Pflichtgefühl jede Ueberstunde zu verweigern. Macht Ihr noch kurze Zeit so weiter, so dürft Ihr Euch nicht wundern, wenn man Euch dieselbe Behandlung zuteil werden läßt, wie sie einstmals den Kriegsgefangenen in diesem Betrieb zuteil wurde. Arbeiter, nur mit der strengsten Solidarität können wir uns noch vor größter Verelendung und Sklaverei retten!

Wahlen unter der Weißen Diktatur

(Eig. Drahtm.) **Bremen**, 14. Oktober.

Die Polizei sucht auf jede Weise unsere Wahlarbeit für die am 18. November stattfindenden Bürgerschaftswahlen zu hintertreiben. Es sind nicht, nur fast sämtliche Bürgerschaftskandidaten verhaftet, alles Wahlmaterial beschlagnahmt und das Erscheinen der seit Montag wieder freigegebenen Zeitung auf jede erdenkliche Weise verhindert. Fortwährend werden bei unseren Wahlhäusern Verhaftungen, Haussuchungen und Beschlagnahme des Materials vorgenommen. So wurde gestern wieder bei unseren Funktionären gehausucht, einer wurde verhaftet. Außerdem wurde der Organisationssekretär Stein verhaftet.

Bayern und Polen

Haust Du meinen Juden, haue ich Deinen Juden

(WTB.) **München**, 15. November

Laut „München-Augsburger Abendzeitung" ließ die polnische Regierung durch den Münchener Generalkonsul an Bayern eine Mitteilung richten, in der gegen die Ausweisung polnischer Juden aus Bayern protestiert und die Ausweisung bayrischer Bürger aus Polen als Gegenmaßnahmen angedroht wird.

Zuchthausverordnung für Kommunisten

München, 14. November.

Die Telegraphen-Union verbreitet folgende Meldung: Die Anordnung des Generalstaatskommissars über die Auflösung der Kommunistischen Partei wird heute veröffentlicht. Nach dem Wortlaut der Verfügung sind Zahlungsmittel und Wertpapiere aller Art, Waffen, Ausrüstungsgegenstände, Fahrzeuge usw., die den Zwecken der Kommunistischen Partei gedient haben, dem Staat verfallen und müssen unverzüglich abgeliefert werden. Wer der Kommunistischen Partei weiter angehört, die Bildung einer neuen Partei unternimmt usw., wird mit Zuchthaus bestraft.

Riesendemonstration der Erwerbslosen

Ein Arbeiter getötet

(Eig. Drahtm.) **Düsseldorf**, 14. November.

Gestern haben sich die Erwerbslosen auf die Straße begeben, um gegen die zu geringe Unterstützung zu protestieren. Welch ungeheuren Umfang die Arbeitslosigkeit angenommen hat, konnte man aus der Riesenzahl der Demonstrierenden ersehen. Die Polizei, die den Auftrag hatte, unter schärfster Anwendung der Waffen Demonstrationen unmöglich zu machen, tötete einen Arbeiter. Nachdem die Polizei brutal mit der blanken Waffe gegen die arbeitslosen Männer und Frauen und die Jugend vorging, setzten sich die Arbeiter zur Wehr. Drei Polizisten wurden schwer verletzt.

Heroischer Kampf in der Dresdner Papierfabrikation

(Eig. Drahtm.) **Dresden**, 15. November.

In der Papierfabrik Hoesch streiken die Arbeiter bereits über vier Wochen ohne Unterstützung. Sie werden von den Arbeitern der übrigen Betriebe unterstützt. Die letzte Abstimmung ergab über 1200 Stimmen für und 70 gegen die Fortführung des Streiks.

Einberufung des Reichstages

Berlin, 15. November.

Nach dem Beschluß des Aeltestenrates des Reichstages wird die nächste Plenarsitzung des Reichstages am Dienstag, dem 20. November, stattfinden. Auf die Tagesordnung wurden außer kleineren Verträgen mit auswärtigen Staaten die politische Aussprache gesetzt. Am Freitag, dem 17. November, vormittags, wird der Auswärtige Ausschuß tagen.

Heute Ausgabe der Rentenmark

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 15. November.

Die Ausgabe der Rentenmark wird trotz der durch den Berliner Notendruckerstreik hervorgerufenen Störungen pünktlich am 15. November beginnen. Es soll für Gehalt und Lohnzahlungen aber nur 30 Prozent Rentenmark gezahlt werden.

*

Die Arbeiter müssen am Freitag bei der Lohnzahlung 30 Prozent in Rentenmark verlangen, Rentenmark ist genügend vorhanden, der Buchdruckerstreik hat bis jetzt auf die Ausgabe der Rentenmark keinen Einfluß gehabt, da genügend von diesem wertbeständigen Papier vorhanden ist. Wenn die Unternehmer nicht 30 Prozent des Lohnes in Rentenmark auszahlen, dann müssen die Betriebsräte nachforschen, ob es der böse Wille der Unternehmer ist, oder ob die Anweisung zur Auszahlung von wertbeständigem Gelde nur Bluff ist, um die Lohn- und Gehaltsempfänger hinzuhalten.

Brutal gegen das Proletariat — bittend gegen die Besitzenden

Berlin, 15. November.

Eine Bekanntmachung des Inhabers der vollziehenden Gewalt, General d. Inf. v. Seeckt, über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Verwendung weiter Volkskreise bittet die Militärbefehlshaber, die Hilfsmittel der Truppen großzügig dafür einzusetzen und zu versuchen, immer weitere deutsche Kreise zur Mitarbeit zu gewinnen. Die Militärbefehlshaber werden aufgefordert, ihre Machtbefugnisse erforderlichenfalls rücksichtslos einzusetzen. Als besonders dringlich bezeichnet werden neben der Lebensmittelversorgung die Beschaffung der Heizmaterialien bzw. die Herrichtung und Bereitstellung von heizbaren Räumlichkeiten zur Einnahme der Speise, zum Aufenthalt während des Tages, zum Uebernachten. Dabei sei von dem Grundsatze auszugehen, daß alle reinen Luxus- und Schlemmeretablissements in erster Linie geeignet sind, ihre Räumlichkeiten und Kücheneinrichtungen der Fürsorge für die notleidende Bevölkerung in Gestalt von Volksküchen, von Speiseanstalten, Wärmehallen, Uebernachtungsräumen zur Verfügung zu stellen. Sollten die Inhaber derartiger Lokale nicht zu einer dementsprechenden Umstellung bereit sein, so würden die benötigten Räume und Kücheneinrichtungen zu beschlagnahmen und dementsprechende amtliche oder private Fürsorgestellen zur Ausnutzung zu überweisen sein. Die Durchführung dieser Maßnahmen wird nach Möglichkeit beschleunigt.

*

Nachdem Seeckt es mit seiner Regierungskunst soweit gebracht hat, daß die Hälfte der Bevölkerung von der Arbeitslosigkeit betroffen ist, versucht er, die Folgen seiner Regierungskunst durch charitative Mittelchen abzuschwächen. Wir werden ja sehen, ob die Schlemmerstätten geschlossen werden, ob die Luxusräume beschlagnahmt werden. Um aber die Ursachen der Arbeitslosigkeit, die Sabotage der Unternehmer, die Schließung der Betriebe, die Wirtschaftskrise, zu beseitigen, dazu langt es bei dem Inhaber der vollziehenden Gewalt nicht. Diese neue Verordnung Seeckts hat nur den Zweck, beruhigend zu wirken und zu verhindern, daß die arbeits- und obdachlosen Menschen nicht vor Hunger wie Fliegen auf der Straße zusammenbrechen. Seeckt wird bald zurückhufen, wenn die Schieber und Schlemmer gegen die Schließung der Luxus- und Schlemmerstätten protestieren, er kann nur energisch und brutal gegen die Arbeiterschaft sein.

Neue französische Sanktionen?

Paris, 14. November.

Pariser Blätter melden, die französische Regierung beabsichtige, die Frage der Heimkehr des deutschen Kronprinzen mit derjenigen der interalliierten Militärkontrolle in Deutschland eng zu verknüpfen, wobei ohne Zweifel der letzteren größere Bedeutung beigemessen wird. Man glaubt zu wissen, daß Jules Cambon in der Botschafterkonferenz die Ergreifung weitgehender neuer Sanktionen gegenüber Deutschland beantragte für den Fall, daß die Reichsregierung in der einen wie in der anderen Frage keine Genugtuung geben würde.

Rußland stabilisiert seine Währung

(Eig. Drahtm.) **Moskau**, 14. Oktober.

Auf der Tagung der Zentralexekutive des Sowjetbundes der R.S.F.S.R. wurde auch über das Staatsbudget und die Währung gesprochen. Der Volkskommissar für Finanzen, Sokolnikow, teilte mit, daß im Dezember zum ersten Male ein fester Jahresetat an Stelle der bisher monatlichen bzw. vierteljährlichen Etats vorgelegt würde. Für das Finanzjahr 1923/24 betrage der Etat mindestens 1750 Millionen Goldrubel gegen 1250 Millionen im Vorjahr. Vom Novemberetat, erklärte Sokolnikow, seien zwei Drittel durch Steuern und andere Einkünfte gedeckt. Das sogenannte Sowjetgeld sei nur noch ein Hilfsgeld, seine Einziehung gegen wertbeständige Kassenscheine und teilweise auch gegen Silbermünzen sei in Vorbereitung. Der Tscherwonez, der bei Jahresbeginn einen Wert von 3,70 Dollar hatte, ist jetzt auf 4,80 Dollar gestiegen. Seine Kaufkraft im Inland habe sich stabilisiert.

Hallische Streikbrecher nach Berlin

Die Technische Nothilfe hat ihre Mitglieder, die dem graphischen Gewerbe angehören, zum Streikbruch nach Berlin gesandt. Dieser staatlichen Streikbrechertruppe wird neben vielen anderen Vergünstigungen freie Fahrt auf der Eisenbahn gewährt.

*

Es ist nun Pflicht der hallischen Buchdrucker, ihren Berliner Kollegen zu helfen. Wenn die Teno die Streikbrecher nach Berlin schicken kann, dann müssen die bürgerlichen Betriebe restlos stillgelegt werden. Tun die hallischen Buchdrucker diesen Schritt nicht, so machen sie sich mitschuldig an dem Abwürgen des Streiks ihrer Berliner Kollegen und schaffen zu gleicher Zeit die Voraussetzungen, daß ein eventueller Kampf der hallischen Buchdrucker von der Teno ebenfalls abgewürgt wird.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019231115-18/fragment/page=0003

Aus der Provinz

Einschränkung der Heilverfahren für Lungenkranke

Die soziale Fürsorge wird immer mehr abgebaut, die Heilbehandlung der Kranken erfährt weitere starke Einschränkungen. Wir haben es auch auf diesem Gebiete „herrlich weit gebracht“. Die Kranken können sterben, ihnen wird kein Hilfe mehr zuteil. Der kapitalistische Staat kann keine kranken Leute gebrauchen; nur gesunde „Ware“ ist ausbeutungsfähig. Jetzt wird auch das Heilverfahren für Lungenkranke eingeschränkt. In einer offiziösen Meldung heißt es darüber:

Die Hoffnung, daß die geschwächte Finanzkraft der Landesversicherungsanstalt sich allmählich wieder erholen und es möglich machen werde, wenigstens die Heilstättenbehandlung Lungenkranker weiter durchzuführen. hat sich leider nicht erfüllt. Wenn auch die ins Stocken geratene Beitragsentrichtung wieder geregelter verläuft, so werden doch alle Vorausberechnungen und Sparmaßnahmen durch die fortschreitende Teuerung stets aufs neue durchkreuzt mit der unabwendbaren Folge, daß die Kosten der Heilstättenkuren, insbesondere in Schielo und Vogelsang, nicht mehr getragen werden können. Solange Bankkredit in Anspruch zu nehmen und abzudecken ist, ist es nicht angängig, in den Heilstätten mehr als eine ganz beschränkte Anzahl Betten zu belegen. Ueber kurz oder lang kann auch dies ausgeschlossen sein. Mit einer Besserung der mißlichen Verhältnisse ist frühestens gegen Ausgang des Winters zu rechnen. Neuanträgen Lungenkranker auf Bewilligung einer Heilstättenkur kann die Landesversicherungsanstalt bis auf weiteres nicht mehr entsprechen. Kurbedürftigen bleibt es freigestellt, einen Heilverfahrensantrag gegen Ende des Winters, etwa vom März 1924 an, einzureichen.

Bitterfeld. Abbau oder Aufbau der Gewerkschaften? Im Industriegebiet Bitterfeld wird das Heer der Arbeitslosen immer größer. Aber nicht nur die Arbeiter werden erwerbslos, sondern auch von den Gewerkschaftsangestellten muß einer nach dem andern „stempeln“ gehen, weil infolge der Not und Arbeitslosigkeit die Arbeiter die Beiträge nicht mehr bezahlen können. Für die reformistischen Gewerkschaftsangestellten, insbesondere aber für jene, die bei Lohn- und anderen Verhandlungen sich den Wünschen des Unternehmertums zugänglich zeigten, bedeutet die Arbeitslosigkeit keine Gefahr. Wie im Mansfeldischen, wo solche Angestellte in die Bureaus der Unternehmer „übernommen“ wurden, so sind auch anderwärts ähnliche Fälle zu verzeichnen. Der Dank der Unternehmer ist nicht ausgeblieben. Bei uns hier in Bitterfeld ist folgendes zutage getreten: Der Arbeitsnachweis ist mit Arbeit überhäuft; die Räumlichkeiten reichen nicht mehr aus. Und da die Gewerkschaftsangestellten sowieso arbeitslos werden, trat man mit diesen in Verbindung, mietete die Gewerkschaftsräume, übernahm aber auch gleichzeitig die Angestellten als Hilfskräfte des Arbeitsnachweises. So hat sich auch bei uns alles in „Wohlgefallen“ aufgelöst. Aus den Gewerkschaften mag werden, was will. Der Sekretär des Metallarbeiterverbandes verkauft das Papier zentnerweise an den Kreisausschuß und der Sekretär der Bergarbeiter veräußerte sogar seinen Geldschrank. Das Ganze nennt man dann „Aufbau“ der Gewerkschaften. Arbeiter, wollt Ihr das dulden? Verschafft Euch revolutionäre Führung in den Organisationen, dann wird es nicht mehr rückwärts-, sondern vorwärtsgehen.

Bitterfeld. Doppelselbstmord. Am Dienstag wurden in der Goitzsche eine männliche und eine weibliche Person erschossen aufgefunden. Die am Tatort vorgenommene Untersuchung ergab, daß es sich um ein Liebespaar handelte. Es ist dies ein Schutzpolizeibeamter von der hiesigen Hundertschaft und dessen Braut. Aus den am Tatort vorgefundenen Briefen geht unzweifelhaft hervor, daß beide gemeinsam den Tod gesucht und gefunden haben. Die Dienstpistole des Beamten wurde am Tatort neben der Leiche des Beamten vorgefunden.

Greppin. „Wie es in einer Versammlung der KPD. zugeht!“ Unter diesem Titel in pomphafter Aufmachung band das hallische „Volksblättchen“ vor kurzem seinen schon an allerlei Schwindel gewöhnten Lesern einen gewaltigen Bären auf. Der Schmarotzer am Körper des revolutionären Proletariats, nebenberuflich „Kommunistenfresser“, H. Gülzow, gab sich als Berichterstatter seines Schwindelblattes die größte Mühe, eine entstellende Veröffentlichung zusammenzuwursteln. Aus jedem Wort grinst purer Neid über die glänzend verlaufene kommunistische Versammlung hervor. Ein VSPD.-Fanatiker, der eine üble Vergangenheit auf dem Wege des Klassenkampfes aufweist, wirkt bei seinem bloßen Erscheinen in einer öffentlichen Versammlung stets ekelerregend, das hätte Fratzke in seiner Erbrechen hervorrufenden Hetzrede unter dem Deckmantel „Einheitsfront“ bedenken müssen. Hoffentlich ist das Geschehene für den Restbestand der VSPD.-Ortsgruppe, nebenbei gesagt, noch ganze 5 (fünf) Mann, eine Warnung! Kein klassenbewußter Arbeiter läßt sich von entlarvten Verrätern beschimpfen. Unser Genosse Oertel (Halle) rechnete gründlich mit diesem Geschmeiß ab. Wie tief die Wahrheit dem Gesindel geschmerzt hat, beweist das Wutgeheul in dem Schwindelbericht, der ein Kabinettstückchen gemeiner VSPD.-Niedertracht darstellt. Viele Indifferente haben durch Abgabe von Beitrittserklärungen zur KPD. bewiesen, daß sie durch die wuchtigen Ausführungen des Genossen Oertel erkannt haben, daß die Kommunistische Partei die Kampforganisation des notleidenden Proletariats ist. Die kleine, kaum beachtete Episode mit dem „harmlosen jungen Menschen“ hat dem Schwindelberichterstatter H. Gülzow wahrscheinlich das Hirn verdreht. Ihm sei zur Beruhigung gesagt, daß wir doch, trotz „vergeblichen Suchens“, im Besitze des wertvollen Spitzelmaterials sind und daß der „harmlose“ Mensch durch Order nach Kottbus in die Reihen der Faszisten gerufen ist. Arbeiter, seid auf der Hut! Laßt Euch nicht von den Schwindelparolen einzelner VSPD.-Helden einlullen!

Delitzsch. Die Eisenbahner-Versammlung des DEV. Delitzsch beschäftigte sich mit der immer schlechter werdenden Lage der Arbeiterklasse. Die große gewerkschaftliche Organisation des ADGB. mit ihren Millionenmassen wird durch eine degenerierte Führerschaft in ihrer Kampfeskraft gebrochen. Die Mitglieder verlassen die Gewerkschaften und zerstören dadurch selbst ihre Macht. Die Versammlung nahm folgende Entschließungen an: Die Sonntag, den 11. November, tagende Mitgliederversammlung des DEV. Delitzsch nimmt Stellung zu dem Aufruf: „Rettung der Gewerkschaften“ im „Klassenkampf“. Sie begrüßt den gemeinsamen Schritt der beiden Arbeiterparteien zur Gewerkschaftsfrage. Die Versammlung beauftragt den Vorstand des DEV. Delitzsch, beim Ortskartell Delitzsch dahin zu wirken, daß am. 25. November eine paritätische Delegation nach Weimar entsandt wird. — Die am Sonntag, dem 11. November, tagende Mtigliederversammlung nimmt Kenntnis vom Rundschreiben 121 vom 1. November 1923. Sie begrüßt die Entschließungen des erweiterten Hauptvorstandes Berlin, Punkt 1 bis 3, und erwartet, daß derselbe seine ganze Kraft einsetzt, um die letzten Errungenschaften der Arbeiter mit allen Mitteln zu verteidigen. (Aber nicht nur auf dem Papier. Der Ver.) — Der ADGB. hat das Vertrauen seiner Mitglieder längst verloren. Von seinen arbeitsgemeinschaftlichen Handlungen ist Nachteiliges zur Genüge bekannt. Die Mitglieder verlangen vom Hauptvorstand trotz alledem daß er beim ADGB. einwirkt, daß die Einheitsfront einschließlich der Kommunisten zum wirklichen Klassenkampf hergestellt wird, ehe es endgültig zu spät ist! Noch steht die organisierte Arbeiterschaft kampfbereit, darum auf zum Kampf gegen völlige Versklavung und um Leben und Freiheit aller Proletarier!

Eilenburg. Brotverbilligung für kinderreiche Familien. Der Magistrat macht bekannt: Aus den vom Reiche zur Verfügung gestellten Mitteln soll für kinderreiche bedürftige Familien eine Brotverbilligung in der Weise stattfinden, daß bei Familien, die keinen Ernährer mehr haben, für jedes 3. und weitere Kind, und bei Familien, deren Ernährer noch lebt, für jedes 4. und weitere Kind bis zum 16. Lebensjahre 40 Prozent des Brotpreises eines 4-Pfund-Brotes getragen werden. Wir werden diese Verbilligung durch direkte Zuteilung von Brot gewähren. Die empfangsberechtigten Familien wollen sich unter Vorlegung ihrer Lebensmittelkarten regelmäßig am Montag, vormittags 8 bis nachmittags 1 Uhr, im Lebensmittelamt I zur Empfangnahme der Brotmarken melden.

Bernburg. Betriebsstillegungen. Angeblich wegen mangelnden Absatzes auf den Schächten Bernburg, Gröna, Coburg und Erbprinz der deutschen Kaliwerke ist der Betrieb bis auf weiteres eingestellt worden.

Postbezieher!

Die beigelegte Zahlkarte ist zur Uebersendung des Differenzbetrages auf den „Klassenkampf“ zu benutzen. Wer gleich zahlt, zahlt doppelt!
Verlag Klassenkampf.

Leipziger Straße 88 U.T **Leipziger Straße 88**

Ab morgen, Freitag, den 16. November:

Irrlichter der Tiefe.

Drama in 6 Akten. In den Hauptrollen: **Ilse Lorm, Josef Peterhans.**

Ein Film der Gegensätze — zielbewußte Arbeit — Genußsucht, Liebe, Haß. Hervorragend gelungene Bergwerks- und Naturaufnahmen umrahmen die Bilder aus dem Gesellschaftsleben. Der Wassereinbruch in das Bergwerk, der Kampf der Bergleute mit dem Elemente sind überzeugend dargestellt.
Vorführung: 4.20, 6.30, 8.50.

Der perfekte Diener Groteske in 2 Akten mit **Hansi Deege, Gerhard Dammann.**

Beginn: Sonntags 3 Uhr. Werktags 4 Uhr.

Walhalla-Lichtspiel-Theater W.T **Walhalla-Lichtspiel-Theater**

Ab morgen, Freitag, den 16. November:

10 Akte — Wieder ein gewaltiger Doppelspielplan. Ein Meisterwerk der Lichtspielkunst! — 10 Akte

Das Geheimnis der alten Lampe

Schauspiel in 5 Akten mit **Viola Dana.**

Unerreichte Technik. Eine Glanzleistung der Regiekunst. Fabelhaftes Spiel. Ausgezeichnete Rollenbesetzung.
Vorführung: 4.00, 6.10, 8.20.

Dazu das tollkühne Lustspiel in 5 Akten

Prinz Karneval

Nach einer Novelle von P. Frank mit M. Varkonyi.
Vorführung: 5.00, 7.10, 9.20.

Beginn: Sonntags 3 Uhr. Werktags 4 Uhr.

Die Theater sind angenehm geheizt.

U.T **Alte Promenade 11a** U.T

Morgen, Freitag, die große Première des ersten Coogan-Filmes der First National, Neuyork:

My Boy (Mein Junge)

mit dem berühmten 10jährigen Wunderknaben

Jackie Coogan

Halle hat nun endlich Gelegenheit, den populärsten und schönsten Film der Welt kennenzulernen.

Der kleine Junge mit der schiefsitzenden Mütze, den weiten Pumphosen und den überbreiten Hosenträgern, mit den verschmitzten Augen und den herabhängenden Haaren wird nun auch in Halle seinen Einzug halten. Reichlich spät eigentlich — denn er ist bereits in der ganzen Welt bekannt. Es ist aber besser, seine Bekanntschaft spät gemacht zu haben, als nie, denn er gehört trotz seiner zehn Jahre zu den wirklich Großen des Films. Dieser Junge bleibt auch auf der Leinewand ein Kind, mit der ganzen Anmut, mit dem ganzen Liebreiz, der kindlichen Schlauheit und Drolligkeit des Jungen. Er hält vom ersten Augenblick an in Bann, er nimmt gefangen, er fesselt und gewinnt jeden Zuschauer für sich. Man interessiert sich nicht für den Film, sondern für ihn.
Dieser von Chaplin entdeckte Knirps hat ein dramatisches Format, das Erinnerungen an die Allerbesten des internationalen Theaters erweckt. Nie sah man ein Kind mit so vollendetem schauspielerischen Können, mit solcher Ausdrucksfähigkeit der Bewegung und Mimik. Der unverwickelte Faden dieser wirklich einfachen Handlung reißt nie ab und auch die tragische Situation wird mit waschechtem Humor weggekitzelt. — Vorführung: 4.50, 7.00, 9.10.

Dazu eine Groteske in 2 Akten und eine Naturaufnahme.

Beginn: Sonntags 3 Uhr. Werktags 4 Uhr.

Das Theater ist angenehm durchheizt. 4216

Licht-C.T.-Spiele

Am Riebeckplatz — Gr. Ulrichstr. 51

Schon ab heute, Donnerstag:

Sonder-Gastspiel Leipziger Bühnen-Künstler mit der großen Operetten-Novität:

Die Zigeunerkönigin

In Erstaufführung für Halle. — Entzückende Operette von E. Sander. Musik von Julius Zehring — In Erstaufführung für Halle.

In Szene gesetzt, Bühnenbild und Tänze einstudiert v. Dir. E. Zehring.

Hauptdarsteller:
Wanda Golden — Dir Erich Zehring — Hans Sturm
Hildegard Zehring — Edmund Gunert — Sorney.

Unter persönlicher musikalischer Leitung des bekannten Leipziger Komponisten Julius Zehring.

Hierzu der große Filmteil:

Pina Menichelli

die schönste Frau Italiens und bedeutendste Tragödin in dem mondänen Sitten-Filmwerk:

Königstigerin!!

6 Akte. Aus der Hocharistokratie. 6 Akte.

Anfang: Wochentags 4 Uhr, Sonntags 3 Uhr.

Schon ab heute, Donnerstag:

Henny Porten

in dem schönsten und zugkräftigsten Film der Welt.

Der Kaufmann v. Venedig

2. Woche. Nach Motiven von William Shakespeare. 2. Woche.

In den weiteren Rollen:
Harry Liedtke Werner Krauß Albert Steinrück

Ferner:

Fatty in d. Sommerfrische

Tolle amerikanische Groteske mit Fatty Arbuckle in der Hauptrolle.

Anfang: Wochentags 4 Uhr, Sonntags 3 Uhr.

Ehren- und Freikarten ungültig. Pressekarten nur Donnerstag und Freitag gültig. 4215

Bezirks-Zentral-Buchhandlung

Telephon 2251. **Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14.** Telephon 2251.

Filialen: Halle a. d. S., Harz 42/44, Telephon 2251. Merseburg, Markt 7. Eisleben, Petristraße 8. Zeitz, Liebknechtstraße 4. Weißenfels, Dammstraße 18. Wittenberg, Juristenstraße 11. Bitterfeld, Burgstraße 41. Bockwitz, Volkshaus. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48, Fritz Kroh, Halle. Magdeburg: Buchladen Tribüne, Magdeburg, Jakobstraße 4.

Schlüsselzahlen: Viva: Broschüren 30 Milliarden; Bücher 60 Milliarden. Börsenverein: 320 Milliarden.

An unsere Inserenten!

Der jeweilige Preis der für die Berechnung der Anzeigen in Frage kommt, ist am Kopf unserer Zeitung angegeben. Eine besondere Benachrichtigung erfolgt nicht. Verlag Klassenkampf.

Bekanntmachung.

Der 7. Nachtrag vom 2. Oktober 1923 zur Hundesteuer-Ordnung der Stadt Halle liegt im städtischen Steuerbureau Rathausstraße 19 III, Zimmer 75, zur Einsichtnahme aus.

Halle a. d. S., den 12. November 1923.

4218 **Der Magistrat.**

Ansichtspostkarten empfiehlt Volksbuchhandlung

Werbt für den „Klassenkampf“

KPD.-Versammlungen.

Ortsverein Halle

Ortsleitungssitzung nicht Freitag, sondern Sonnabend.

Alle in der Zuckerraffinerie beschäftigten Kommunisten treffen sich Sonnabend, 17. November, abends 7½ Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft“ zu einer wichtigen Besprechung.

Bekleidungsarbeiter. Sonnabend, 17. November, abends 8 Uhr, in der „Goldenen Kette“, Alter Markt: Zusammenkunft. Sehr wichtige Tagesordnung. Sympathisierende sind willkommen.

Graphisches Gewerbe. Freitag abend 7 Uhr in der „Produktiv-Genossenschaft“: Wichtige Sitzung aller Fraktionsleitungen im graphischen Gewerbe.

Kreis Bitterfelt

Bitterfeld. Freitag, 16. November, nachmittags 5 Uhr, im Bürgergarten“: Kreis-Frauenkonferenz. Referentin: Genossin Herta Sturm, Berlin.

Bitterfeld. Freitag, 16. November, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten“: Oeffentliche Volksversammlung. Thema: „Die Not des deutschen Volkes.“ Referentin: Genossin Herta Sturm, Berlin.

Greppin. Freitag, 16. November, abends 8¼ Uhr, im Gasthof Schmidt: Oeffentl. Volksversammlung. Thema: „Der Kampf gegen Hunger und Faszismus.“ Referent: Genosse Paul Taube, Halle.

Kreis Wittenberg

Wittenberg. Freitag, 16. November, abends 8 Uhr, im Gasthaus Freudenberg: Mitgliederversammlung.

Von der Reise zurück **Dr. Wolff.** 198

Eisleben.

Bekanntmachung.

Wer in eigener Person beim Erzeuger Eier zur Wiederveräußerung oder zur gewerbsmäßigen Verarbeitung usw. ankaufen will, bedarf vom 15. November d. J. an einer besonderen Erlaubnis. Anträge sind bei uns zu stellen.

Eisleben, den 12. November 1923.

729 **Die Polizeiverwaltung.**

Ich kaufe sämtliche **Felle,** **Spez.: gute Kanin** und zahle besonders gute Preise. Ueberzeugung macht wahr. 4217

G. Baum, Anhalter Straße 5. Tel. 5445.

Stadt-Theater Freitag, abends 7½ Uhr: [4219 **Karneol.** Sonnabend, **Tannhäuser.**

4220 Winter-Hemden und Hosen Dauerwäsche-Vertrieb Kl. Berlin 2.

Zwei Zeitungsträgerinnen für Greppin

sofort gesucht. Gewissenhafte Bewerberinnen wollen sich melden beim Genossen Niendorf, Greppin, Wolfener Straße.

Jede kommunistische Frau liest die „Kommunistin“.

Unser Prinzip ist helfen!

Wir legen Ihnen bei Anzahlung Ihre Waren zurück.

Pilot-, Zwirn-, Satin-, Kammgarn- u. Monteurhosen, pa. Winterjoppen u. Arbeitsulster, Strickjacken f. Männer, Strickwesten f. Frauen, Schlafdecken, helle u. dunkle Barchenthemden, Trikothemden, Trikotunterhosen, Trikot- u. gestrickte Männerhandschuhe, Socken und anderes.

Stückware: Manchester, Cord, Pilot, Haustuch u. vieles mehr.

Textil-Handelsgesellschaft m. b. H. vormals **Reinke,** 4221 Leipziger Str. 551, am Riebeckplatz.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019231115-18/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Halle, 15. November 1923.

Ihr zwingt uns nicht!

Zuchthaus, Kolben, Blei und Strang,
Fünf Jahre lang!
Aber wir stehen! Die deutsche Partei!
Uns schlägt kein Ordnungs-Noske entwei,
Im Vormarsch!

Auf Barrikaden! Die Fahne zerfetzt,
So hat sich Spartakus durchgesetzt!
In Hamburg und Essen, in Halle, Berlin,
Gemeuchelt, zertreten, verfolgt und bespien!
Wir wuchsen!

In hundert Städten! zur Massenpartei!
Mit Fäusten und Herzen und Hirnen dabei,
Proletarier! Die zwingt kein Verbot! Die wollen zur Macht!
Die sind jetzt nach Schlägen und Elend erwacht!
Millionen!

Otto Steinicke.

Heraus mit dem verhafteten Genossen!

Vor etwa drei Wochen wurde der Genosse Hans Schmidt von der Bezirksleitung der KPD. Halle-Merseburg frühmorgens in seiner Wohnung verhaftet. Bis heute weiß weder er, noch sonst jemand, weshalb er verhaftet wurde. Vielleicht weiß es die Staatsanwaltschaft selbst nicht einmal; denn aus der Erfahrung wissen wir, daß der Staatsanwalt Leute schon verhaften läßt, wenn sie Mitglied der Kommunistischen Partei sind. Irgendein „Verbrechen", das mit der durch die faszistische Militärdiktatur beseitigten Weimarer Verfassung in Widerspruch stehen könnte, hat man dem Genossen Schmidt bis heute noch nicht nachweisen können. Trotzdem wird er weiter in Haft gehalten. Wir verlangen die sofortige Freilassung des Genossen Hans Schmidt.

Die Flucht vor der Papiermark

Die Großindustriellen nehmen nur noch wertbeständiges Geld in Zahlung

Nachdem die Großindustriellen, die Schieber und Gauner die deutsche Papiermark kaputtspekuliert haben, wollen sie jetzt, trotzdem von der Regierung angeordnet worden ist, daß die Verkäufer die Papiermark nach wie vor als gesetzliches Zahlungsmittel entgegenehmen müssen, nichts mehr wissen. Die Großindustriellen weisen bereits in Rundschreiben an ihre Abnehmer darauf hin, daß sie Zahlungen nur noch in wertbeständigem Gelde entgegennehmen. So schickt uns heute ein hallischer Kaufmann ein derartiges Rundschreiben, das die Deutsch-Amerikanische Petroleumgesellschaft an ihre Spediteure und Depothalter dieser Tage gesandt hat. Das Rundschreiben hat folgenden Wortlaut:

„Wir nehmen bezug auf unser Rundschreiben vom 3. d. M. und bitten Sie, **die Verkäufe in Papiermark möglichst einzuschränken.** Es liegt uns daran, daß **in der Hauptsache der Verkauf in wertbeständigen Geldern** entsprechend der Ausführung des oben angezogenen Rundschreibens erfolgt."

Die deutsche Papiermark ist jetzt kein Spekulationsobjekt mehr. Die Schieber und Spekulanten haben herausgeholt, was herauszuholen war. Jetzt mögen die Arbeiter und die kleinen Kaufleute sehen, wie sie mit dem Dreck fertig werden, den ihnen die Gauner und Räuber übrig gelassen haben. Ihnen bieten sich jetzt neue Spekulationsmöglichkeiten: das wertbeständige Geld. Und es wird mit dem wertbeständigen Geld genau so gehen wie mit der deutschen Papiermark: wenn die Wertbeständigkeit wegspekuliert ist, und das wird sehr bald der Fall sein, weil dieser Betrug sich nicht lange halten läßt, dann überlassen sie das unbeständige Geld wieder den Arbeitern und kleinen Leuten.

Das eine wissen heute bereits auch schon die Arbeiter und Beamten, nämlich: daß das einzig Beständige an dem Papiergeld der Schwindel und der Betrug ist.

*

Aber nicht nur die Großindustriellen wollen nur noch wertbeständiges Geld in Zahlung nehmen, auch die kapitalistischen Junker, diese Patrioten, die immer ein „warmes Herz für die notleidende Bevölkerung" gehabt haben und darum auch ihre Erzeugnisse zu allererst nach dem Dollarkurs berechneten, sind auf das wertbeständige Geld sehr scharf. Das geht aus einer Zuschrift des Oberamtmanns Görg, des Pächters des städtischen Gutes Gimritz, an die Verkaufsfilialen in Halle hervor. Wie uns von Gimritz mitgeteilt wird, hat Herr Görg die Leiterinnen der Verkaufsfilialen aufgefordert, jeden Tag das eingegangene wertbeständige Geld abzuliefern. Sollten die Verkäuferinnen dieser Anweisung nicht nachkommen, so droht er damit, daß sie sofort entlassen würden. Herr Görg müßte doch eigentlich selbst wissen, daß das wertbeständige Geld vorläufig noch nicht in die Kreise der arbeitenden Bevölkerung dringt, sondern bei den Patrioten, bei den Schiebern und Spekulanten hängen bleibt. Darum können auch die Verkäuferinnen noch kein wertbeständiges Geld abliefern. Immerhin wären diese Drohungen, die nichts anderes bedeuten, als daß Görg nur noch wertbeständiges Geld in Zahlung nimmt, Grund genug für die Staatsanwaltschaft, gegen ihn einzuschreiten.

*

Es ist ganz natürlich, daß nun auch die kleinen Geschäftsleute ihre Waren nur noch gegen wertbeständiges Geld abgeben wollen, da sie von den Großindustriellen und den Agrariern gedrückt werden, die sich weigern, Papiermark anzunehmen. So hat bereits gestern ein kleiner Händler in der Jakobstraße den Verkauf von Waren verweigert, weil die Arbeiterfrau kein wertbeständiges Geld in Zahlung geben konnte.

Aerzte und Krankenkassen

Zu den Ausführungen des Verbandes Hallescher Kassenärzte, die wir gestern veröffentlichten, schreibt uns die hiesige Allgemeine Ortskrankenkasse folgendes:

Die Schilderung über die schwierige Finanzlage der deutschen Krankenkassen trifft zu und dürfte ja wohl auch allgemein bekannt sein. Fast alle Kassen haben, um ihre Bestandsfähigkeit zu sichern, einen Abbau ihrer Leistungen vornehmen müssen, den auch das Reichsarbeitsministerium von ihnen für den Fall weiterer Hilfe verlangt hat. Dieser Abbau war zunächst nur auf dem Gebiet der Familienhilfe möglich, und er wurde z. B. von den hiesigen Kassen, die dazu übergegangen sind, in einer möglichst milden Form, die die Versicherten nicht allzu sehr schädigt, durchgeführt, bei der Ortskrankenkasse für die Stadt Halle in der Weise, daß die Hälfte zu den Arzt- und Arzneikosten zugezahlt werden muß, bei der Ortskrankenkasse des Saalkreises beträgt die Zuzahlung ein Viertel. Für die Zeit des Uebergangs sind von der Allgemeinen Ortskrankenkasse den Kassenärzten Milderungen in der Handhabung der Abstriche vom Arzthonorar zugestanden worden. Die Kassen haben sich nur ungern zu der Maßnahme entschlossen, sehen sich aber insofern in eine Zwangslage versetzt, als bei dem Fortbestehen der gegenwärtigen traurigen Wirtschaftslage die Gefahr droht, daß sie für die Folge wahrscheinlich überhaupt nur noch die gesetzlichen Regelleistungen gewähren können. Sie wollen versuchen, den Rest der Mehrleistungen den Kassenmitgliedern solange als möglich noch zu erhalten. Bekannt sein dürfte, daß die gleiche Not auch andere Versicherungsträger, wie die der Invaliden- und Angestelltenversicherung durchzumachen haben, und daß diese bereits dazu übergegangen sind, nicht nur die Zuschüsse für Heilmittel, sondern auch die Heilverfahren, namentlich auch für Lungenkranke, fast völlig einzustellen. Daß auch der Gesetzgeber den Abbau der Leistungen ernstlich durchgeführt wissen will, beweist die Verordnung der Reichsregierung vom 30. Oktober 1923, nach der die Versicherten in allen Fällen zu den Kosten für Arznei, Heil- und Stärkungsmittel 10 v. H. selbst zu tragen haben. Diese ganzen einschränkenden Vorschriften sind keineswegs erfreulich und machen die Arbeit und den Verkehr der Krankenkassen mit ihren Versicherten und Lieferanten durchaus nicht angenehmer und einfacher; sie erklären sich aber aus der gegenwärtigen Lage und müssen von den Beteiligten wohl oder übel in Kauf genommen werden. Schlimmer dürfte die Wirkung noch sein, wenn auch die Krankenkassen zur gänzlichen Auflösung kommen müssen, und das dürfte schließlich auch die schwerwiegendsten Folgen für die Aerzteschaft nach sich ziehen. Die Regelung der Höhe und Auszahlung der Arzthonorare geschieht schon seit langer Zeit durch ministerielle Verordnung; die Krankenkassen haben darauf also keinen Einfluß mehr und müssen lediglich die festgesetzten Beträge zu den festgesetzten Terminen bezahlen. Auch sie kann infolgedessen an der in dem Artikel der hallischen Kassenärzte bemängelten Regelung kein Vorwurf treffen.

Die weiter in der bezeichneten Verordnung erwähnte Einschränkung der ärztlichen Tätigkeit und der Zulassung von Kassenärzten besteht zurzeit noch nicht, da die Krankenkassen bisher zu diesen Einräumungen des Gesetzgebers keinerlei Stellung genommen haben und ausdrücklich vorgeschrieben ist, daß hierüber die von dem zu errichtenden Reichsausschuß festzusetzenden Richtlinien abzuwarten sind, falls nicht der Kassenvorstand solche nach Anhörung von Sachverständigen aufstellt. Auch über die Aufstellung solcher Richtlinien ist noch nicht verhandelt worden; zweifellos wird dabei die Organisation der Aerzte gutachtlich gehört werden, so daß die fragliche Regelung im Einvernehmen mit ihr erfolgt.

Damit dürften die Befürchtungen der Kassenärzte, wie sie in dem Artikel zum Ausdruck kommen, gegenstandslos werden; denn eine Handhabung, wie sie in dem Artikel angedeutet wird, könnte kaum im Interesse der Versicherten liegen. Auch die Krankenkassen sind bemüht, bei allen einschränkenden Maßnahmen die Interessen aller Beteiligten zu berücksichtigen und unnötige Schärfen und Schädigungen zu vermeiden, selbstverständlich soweit es die Sicherung der Finanzlage der Kasse und die Fürsorge für die Versicherten irgendwie zuläßt.

Welche Wahl bleibt Dir, Prolet?

Rechtloser hungernder Sklave der Entente, rechtloser hungernder Sklave Amerikas zu werden, oder als kämpfender Revolutionär Dein Schicksal selbst in die Hand zu nehmen?

Ueberwachung des Kleinhandels

Der Amtliche Preußische Pressedienst teilt mit: In der nächsten Nummer des „Ministerialblatts" für die preußische innere Verwaltung erteilt der Präsident des Landespolizeiamts, nachdem nun auch der Kleinhandel die Berechtigung erhalten hat, seine Preise in Goldmark zu berechnen, Anweisungen an die Polizeiverwaltungen, worauf sie bei dieser Berechnung zu achten haben und wie einer Uebervorteilung des Publikums zu begegnen ist. Die Polizeiverwaltungen haben danach auf folgendes ihr Augenmerk zu richten: Der Einzelhandel legt seiner Kalkulation den Großhandelsgoldpreis des Vortages zugrunde und wertet seinen mit dem zugelassenen Einzelhandelsaufschlag errechneten Grundpreis entsprechend dem Tagesmultiplikator auf. Die Preisbestimmung gilt jeweils innerhalb der üblichen Geschäftsstunden **von nachmittags 3 Uhr des laufenden Tages bis 3 Uhr nachmittags des folgenden Tages.** Innerhalb dieser Zeit dürfen Gold- und Papiermarkpreise nicht geändert, auch darf die Abgabe von Waren in den üblichen Mengen nicht verweigert werden. Die Polizeibehörden haben ferner darauf zu achten, daß der Einzelhändler beim Sinken der Goldpreise oder des Dollars oder beider seine Preise sofort herabsetzt. Bei Verstößen ist rücksichtslos einzuschreiten und von den Mitteln der Handelsuntersagung bzw. Schließung der Geschäftsräume Gebrauch zu machen. Den Polizeibehörden wird des weiteren zur Pflicht gemacht, die Preisauszeichnung der Waren genau zu überwachen. Der Lebensmitteleinzelhandel muß in einer Liste im Schaufenster und im Laden den angewandten Multiplikator (Anzahl der Papiermark für eine Goldmark), Tag und Tageszeit, für die er gilt, und die Grundpreise in Goldmark für die einzelnen Waren anzugeben. Der aus Grundpreis und Multiplikator sich ergebende Papiermarkpreis braucht nicht mehr angegeben zu werden. Im übrigen sollen die Polizeibehörden mit ganz besonderer Sorgfalt darüber wachen, daß die Grundpreise nicht willkürlich festgesetzt werden, sondern den Gestehungskosten entsprechen. Vor allem aber wird den Polizeibehörden erneut zur Pflicht gemacht, gegen jeden Versuch, die Annahme von Papiermark abzulehnen, mit aller Entschiedenheit einzuschreiten. Im Handel mit Mehl und Backwaren werden die Polizeibehörden angewiesen, örtliche Polizeiverordnungen zu erlassen, durch die den Käufern die Möglichkeit gegeben ist, von Preisen und Gewicht der verschiedenen Backwaren für bestimmte Zeiträume durch einen Anschlag am Verkaufslokal Kenntnis zu nehmen und bei Zweifeln an dem angegebenen Gewicht der Backwaren ein sofortiges Nachwiegen im Bäckerladen herbeizuführen.

Auch im Kleinhandel ist der Goldmarkpreis schon fast allgemein durchgeführt, bevor diese neueste Verfügung kam. Im übrigen wird auch durch letztere an den bestehenden Zuständen auf dem Gebiete der Preispolitik nichts geändert. Solange das Uebel an der Wurzel nicht erfaßt wird, wird es nicht anders.

Ein unerhörter Skandal

•Billige Eisenbahntarife für Schieber und Wucherer

WTB. meldet: Am 1. Dezember werden die Einheitssätze für die zweite und erste Wagenklasse im Reichsbahnverkehr von 9,9 und 19,8 Pfennig auf 6,6 und 13,2 Pfennig für 1 Kilometer herabgesetzt. In gleicher Weise werden auch die Schnellzugszuschläge in der zweiten und ersten Klasse ermäßigt. Das Spannungsverhältnis der einzelnen Klassen, das heute 1 : 1½, 1 : 4,8 und 1 : 9,7 beträgt, wird dann 1 : 1½ : 3 : 6.

Die Kapitalisten und sonstigen besitzenden Kreise, die Schieber und Wucherer, die sich in der ersten und zweiten Klasse räkeln und dehnen, können künftig also bedeutend billiger fahren. Rund ein Drittel des bisherigen Fahrpreises wird ihnen, den „armen" Leutchen, erlassen. Wir können dafür sicher sein, daß die Eisenbahntarife für die 3. und 4. Wagenklasse in den allernächsten Tagen wieder erhöht werden. Die Fahrgäste der 3. und 4. Klasse müssen dann für die 1. und 2. Klasse mit bezahlen. Kann es einen größeren Skandal geben? Das ist der Kurs der Regierung Stresemann: Entlastung der Besitzenden, Belastung der minderbemittelten Schichten. Ein Sturm der Entrüstung müßte ein solches System hinwegfegen.

Der „Klassenkampf" kostet in der Woche vom 11. bis 17. November 155 Milliarden Mark; „Das Wort" 60 Milliarden Mark, beide Zeitungen zusammen 215 Milliarden Mark. Wird „Das Wort" nur allein abonniert (3 Ausgaben), beträgt der Preis 75 Milliarden Mark. Wir bitten, nur große Scheine (kein Notgeld) bereitzulegen, da unsere Trägerinnen sofort kassieren. Verlag Klassenkampf.

*

Vom 20. November d. J. an wird der Gepäcktarif der Reichsbahn dahin ermäßigt, daß er nach dem um 30 Prozent erhöhten Eilguttarif berechnet wird. Als Mindestfracht werden 20 Pfennig erhoben. Das Mindestgewicht von 10 Kilogramm bleibt bestehen.

* **Der Ankauf von Reichssilbermünzen** durch die Reichsbank erfolgt vom 12. November an bis auf weiteres zum 150milliardenfachen Betrage des Nennwertes.

* **Der Ersatzbetrag für Postpakete** ohne Wertangabe ist auf 14 Milliarden Mark für je 500 Gramm der ganzen Sendung und für eine eingeschriebene Sendung auf 100 Milliarden Mark erhöht worden. Die neuen Sätze gelten für die vom 5. November an aufgelieferten Sendungen.

Kleine gewerkschaftliche Mitteilungen

Deutscher Eisenbahnerverband, Ortsverwaltung Halle. Freitag, den 16. November, abends 7½ Uhr, im Restaurant des „Volksparks": Mitgliederversammlung. Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht.

Theater und Konzerte

Volksbühne. Deutsches Requiem. Ein von vielen gehegter Wunsch, die altberühmten Choraufführungen der Robert-Franz-Singakademie weiteren Kreisen zugänglich zu machen, wird in diesem Winter erfüllt werden. Das „Deutsche Requiem" von Brahms wird am 22. und 23. November zum Gedächtnis der Verstorbenen im Dom aufgeführt werden. Die erste Aufführung gibt die Singakademie, die zweite findet für die Mitglieder der Volksbühne statt. Näheres bringen die Anzeigen. Ein Einführungsvortrag zu den Aufführungen veranstaltet die Volksbühne am Dienstag, dem 20. November, abends 8 Uhr, im Thalia-Theater. Universitätsprofessor Dr. Schering erläutert das Werk am Steinway-Flügel. Karten zum Einführungsvortrag ab Donnerstag, zum Requiem ab Freitag in der Geschäftsstelle.

Filmnachrichten

Im C.-T.-Lichtspiel am Riebeckplatz tritt von heute ab das Leipziger Kammerbrettl unter Leitung von Direktor Erich Gehring auf. Als erste Aufführung wird „Die Zigeunerkönigin", eine ungarische Operette, gegeben.

In den U.-T.-Lichtspielen, Alte Promenade, gelangt morgen, Freitag, der Film „My Boy" (Mein Junge) mit dem zehnjährigen Wunderknaben Jackie Coogan in der Hauptrolle zur Vorführung.

Arbeiter-Sport

VfB. Trotha-Süd. Sonntag, den 18. November, VfB. Süd 1. gegen Teutonia 1. um ½3 Uhr auf den Brandbergen. Treffpunkt ½2 Uhr „Lindenhof". Süd 1. mit folgender Mannschaft: Lampe, Döring, Portius, Pätz, Franke 2, Banse, May, Knoche, Harre, Barth, Walter Fischer, Herkler.

HFC. Sportlust 07. Resultate vom Sonntag: 1. gegen VfB. Lettin 1. mit 0 : 5; 2. gegen Lettin 2. mit 0 : 0; 3. gegen Lettin 3. mit 0 : 2. — Spiele am Sonntag, dem 18. November: 1. gegen Askania Nietleben 1. um ½3 Uhr in Nietleben mit folgender Mannschaft: Höpfner, Becker, Gräbe, Dietrich, Autem, Berek 1, Blume, Zwecke, Reuschel, Denkewitz, Heinicke 1. Ersatz: Bär. 2. gegen Askania 2. um 1 Uhr wie folgt: Sänger, Koch, Jordan 1, Westphal, Naumann 1, Thiele, Wolff 2, Naumann 2, Heinicke 2, Berek 2, Steinborn. Ersatz: Beitz 1.

1. Athletenklub „Achilles" von 1890. Ringkampf-Konkurrenz: Der Verein veranstaltet, wie alljährlich am 25. November (Totensonntag), vormittags 9 Uhr, im großen Saale des „Volksparks" eine Ringkampf-Konkurrenz. Gerungen wird in sechs Klassen und drei Jugendklassen. Die Konkurrenz ist offen für alle Bundesmitglieder. Bundeskarte, und für Jugendliche Geburtsausweis, sind mitzubringen. Jeder Verein hat einen Kampfrichter zu stellen. Konkurrenten sowie Kampfrichter haben sich zu melden bei Oskar Lange, Halle a. d. S., Kleine Ulrichstraße 23.

Fichte-Ammendorf. Sonntag, den 11. November, weilte Fichte-Ammendorf, 1. und 2. Mannschaft in Kayna. Fichte-Ammendorf 1. spielte gegen Kayna 1. mit 3 : 3; die zweite Mannschaft gegen Kayna 2. mit 2 : 1 für Ammendorf. — Sonntag, den 18. November, spielt Fichte-Ammendorf 1. gegen Bruckdorf 1. in folgender Aufstellung: Voikland, Härtling, Rößler, Kosch, Thamhann, A. Peter, Schleich, Raupsch, Hüllemann, Becker, Kiepsch. Abmarsch 1 Uhr vom Dreierhaus. Fichte-Ammendorf 2. spielt gegen Bruckdorf in folgender Aufstellung: Böttcher, Stöbe, Mutterlose, O. Conrad, R. Fleischhauer, Ziegler, Obst, Hohmann, Müller, K. Sperling, Rosse. Abmarsch der zweiten Mannschaft 11½ Uhr vom Dreierhaus. Fichte-Ammendorf 3. gegen Bruckdorf 3 in Ammendorf um ½2 Uhr. Fichte-Ammendorf 3. spielt in folgender Aufstellung: Willing, Hertel, K. Pretsch, Ziegler, Thamhann, K. Speck, H. Ochse, Gittel, Müller, W. Conrad, O. Sauer. Fichte-Ammendorf Jugend spielt in folgender Aufstellung gegen Minerva Jugend: Dolze, Erdmann, Krämer, Höllig, Löwe, Weikart, Deutsch, Berendt, Drigalla, Mutterlose, E. Möbius. Abmarsch der Jugend um 8 Uhr von der Broihanschenke. Freitag, den 16. November, abends ½8 Uhr, Monatsversammlung.

Turn- und Sportverein Fichte-Halle (Fußballabteilung). Die Schüler treffen sich Sonnabend abend von 6 bis 7 Uhr in der Turnhalle zum Training. Sonntag, den 18. November, spielen auf den Brandbergen die 1. Schüler-Mannschaft gegen Lettin Schüler um ½11 Uhr. Treffpunkt ½10 Uhr in der Baracke. Besondere Einladung erfolgt nicht. Die Herren-Mannschaften treffen sich am Freitag, dem 16. November, in der „Sonne".

Sportverein Rüstig-Vorwärts, Bruckdorf. Spiele am Sonntag, dem 18. November, in Bruckdorf. 1. Mannschaft gegen Fichte 1. Radewell um ½3 Uhr. Zwei alte Rivalen stehen sich im Freundschaftsspiel gegenüber. Die letzten Resultate 2 : 0, 1 : 1, 1 : 4 zeigen deutlich die Spielstärke beider Mannschaften. Da beide Mannschaften in stärkster Aufstellung antreten, ist guter Sport zu erwarten. Ein Besuch dieses Spieles würde sich lohnen. 2. Mannschaft gegen Fichte 2. Radewell um 1 Uhr. Hier wird sich die 2. anstrengen müssen, ein ehrenvolles Resultat zu erzielen. In Radewell spielt die 3. Mannschaft gegen Fichte um ½2 Uhr.

Achtung, Vereinsleiter und Schiedsrichter. Freitag, den 16. November, abends 8 Uhr, findet im Gasthaus „Zur Sonne", Richard-Wagner-Straße, die Schiedsrichter-Versammlung statt. Nichterscheinen wird bestraft. Prüflinge haben zu erscheinen. Mittwoch, den 21. November (Bußtag), vormittags 9 Uhr, im Volkspark: Vollsitzung. Jeder Verein hat zwei Vertreter zu entsenden. Nichterscheinen wird bestraft.

Städtespiel Nord gegen Süd. Am Bußtag, nachmittags ½3 Uhr, findet im Stadion das Städtespiel Nord gegen Süd statt. Die Mannschaften spielen in folgender Aufstellung: Nord-Mannschaft: Reuter (Fortuna), Schlüter (Askania), Mutterlose (Kröllwitz), Autem (Sportlust), Troll (Fortuna), Machon (Askania), O. Reuter (Fortuna), Weikardt (Askania), Hoffmann (Trotha), Brömme (Kröllwitz), Fiedlak (Viktoria). Südmannschaft: Wien (Minerva), Stabl (Gröbers), Kiting (Gröbers), Simon (Minerva), Fritze (Minerva), Engelhardt (Wörmlitz), Fichte (Radewell), Tilgner (Bruckdorf), Sander (Merseburg), Bergt (Minerva), Patan (Minerva). Ersatzleute sind: Bätzhold und Meyer (beide Viktoria), Tegner (Wörmlitz). Radewell stellt einen Rechtsaußen sowie noch einen Stürmer als Ersatzmann. Nord-Mannschaft hat weiße Hose mitzubringen, die Süd-Mannschaft spielt im Minerva-Dreß. Als Linienrichter haben zu erscheinen: Rümpler (Kröllwitz), O. Claus (VfB. Lettin), Krüger (Teutonia) und Harzdorf (Viktoria). Sämtliche aufgestellten Spieler, Ersatzleute und Linienrichter müssen sich um 2 Uhr im Stadion einfinden und beim Genossen Schuster melden.

Fußballspiele. Am Sonntag, dem 18. November, spielen: 3 Uhr: Minerva 1. gegen Kröllwitz 1. (Trand. Fichte); ½2 Uhr: Minerva 2. — Kröllwitz 2. (Sportlust); ½3 Uhr: Wörmlitz 1. — Giebichenstein 1. (Autem, VfB. Trotha); 1 Uhr: Wörmlitz 2. — Giebichenstein 2 (Viktoria); ½3 Uhr: Teutonia 1. — Trotha-Süd 1. (Stenzel, Kröllwitz); ½2 Uhr: Ammendorf 3. — Bruckdorf 3. (Merseburg). — Heute abend 8 Uhr im Gasthaus „Zur Sonne", Richard-Wagner-Straße, Schiedsrichter-Versammlung. Nichterscheinen wird bestraft. Prüflinge müssen erscheinen. Am Bußtag, vormittags 9 Uhr, findet eine Vollsitzung statt. Nachmittags ½3 Uhr im Stadion Städtespiel.

Sportsfreunde
Beim nächsten Bedarf von Drucksachen denkt an die Druckerei des „Klassenkampf", Halle,

Lerchenfeldstr. 14; sie liefert Statuten, Programme, Mitteilungsblätter, Karten usw. schnell, gut und preiswert. Fernruf Nr. 2251

Die heutigen amtlichen Devisenkurse (½2 Uhr nachm.)

	15. 11. Geld	15. 11. Brief	14. 11. Geld	14. 11. Brief
Amsterdam	947 625 000 000	952 375 000 000	478 800 000 000	4?1 200 000 000
Brüssel	115 710 000 000	116 290 000 000	59 850 000 000	60 150 000 000
Italien	107 730 000 000	108 270 000 000	53 865 000 000	54 135 000 000
London	10 980 300 000 000	11 027 700 000 000	5 486 250 000 000	5 513 750 000 000
Neuyork	2 513 700 000 000	2 536 300 000 000	1 256 850 000 000	1 263 150 000 000
Paris	137 655 000 000	138 345 000 000	69 825 000 000	70 175 000 000
Schweiz	442 890 000 000	445 110 000 000	219 450 000 000	220 550 000 000
Wien			17 955 000 000	1304[illegible] 000 000

1 Goldmark am 15. November (umgerechnet auf Grund des amtlichen Dollarkurses) = 600 000 000 000 Papiermark.

½2 Uhr: Dollar 2 536 300 000 000 Mk.

Verantwortlich: Ferdinand Menzel für den redaktionellen Teil; für Anzeigen: Fritz Kroh, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019231115-18/fragment/page=0005

Leben · Wissen · Kunst

Das Metall der Toten

4)

Von Concha Espina

Unter dem Einfluß des Freundes nahm Aurora mit der Inbrunst der Neubekehrten die Werke des großen Träumers Henry George und des großen Romantikers Lassalle in sich auf; sie bewahrte mit leidenschaftlicher Ehrfurcht ein nationalökonomisches Buch, auf dessen Titelblatt über den deutlichen Buchstaben, die den Preis von vier Realen nannten, sich das Bild von Karl Marx befand, mit strengen, männlichen Zügen und schneeweißem Bart, der ihm bis auf die Brust reichte.

Die beiden kühnen Träumer zählen im Dorfe für Phantasten, die von einem unbekannten und gefährlichen Wahn ergriffen waren, und so sah niemand mit Argwohn auf ihre enge Freundschaft. Man glaubte sie völlig aufgehend in seltsamen Ideen und vom wirklichen Leben durch ein Hirngespinst getrennt, über das niemand etwas Bestimmtes wußte.

Indessen, die armen Idealisten, die starken Paladine, die Abenteurer im Reich des Geistes bestehen sollten, waren nichts als schwache Menschen, die, erdgebunden, im Banne der mächtigen Chimäre der Liebe standen . . .

Während einiger Monate gingen die Liebenden völlig in ihrem geheimen Abenteuer auf und berauschten sich an ihrer eigenen Hingerissenheit: für ihn bedeutete diese unverhoffte Seligkeit einen Zauber, der ihn völlig im Bann hielt; sie betrachtete ihren Fall als ein unwiderlegliches Zeugnis des Schicksals, und sie blickte ohne Erröten und ohne Gewissensbisse auf ihr Tun, vielmehr mit einer wohltuenden Melancholie, und zugleich stolz darauf, sich von einem solchen Manne geliebt zu wissen.

Charol wollte heiraten, Aurora nicht.

„Wozu? . . .“ fragte sie.

„Um Dir einen Namen zu geben, den ich zu Ehren gebracht habe“, erwiderte der Schiffer. „Ich habe mich durch meine Lebensführung gereinigt von dem, was mir vom Namen meiner Mutter anhaftete: ein jeder ist das Kind seiner Werke.“

„Das kann uns genügen“, bestätigte das junge Mädchen dumpf und mit solcher Zurückhaltung, daß beide das Thema nicht wieder berührten

Charol hatte sein Boot verkaufen müssen und fuhr nun als Matrose darauf, trotz Winterregen und Sturm, denn der Seebrassenfang war schon sehr weit vorgeschritten.

In einer stürmischen Februarnacht war die „Josefita“ zum Störfang unterwegs, etwa vierzig Meilen von Traipenja entfernt. Der Nordwind blies mit kaltem Atem, die See ging hoch; die Fischer, die schon neun Arbeitsstunden hinter sich hatten, warfen ein Netz aus und zogen ein anderes ein, das nur schwach gefüllt war, denn die Fische tauchten bei der ungewöhnlichen Kälte in die Tiefe.

Die Rückkehr zur Küste war sehr schwierig. Der Wind sagte, stärker und stärker werdend, die Wolken vor sich her und die Mannschaft litt sehr unter dem Schneegestöber nach der vorhergehenden Anstrengung. Man mußte das Großsegel reffen, damit das Boot nicht ein Spielball des Windes würde Gleich darauf wurde das Vorstagsegel gehißt. Die zehn Leute, die die Bemannung ausmachten, stürzten sich unter der Wut des Orkans und der Hagelschläge auf die Ruder. Bei diesem letzten Manöver glitt der Steuermann aus und konnte sich nur noch an dem Saum des Segels klammern, während die Ruderstange seinen Händen entglitt. Der Bootsmannmann — ein junger Bursche, fast ein Kind noch — sprang hinzu, um sie zu befestigen und so das Boot vor dem Wind zu retten. Einen Augenblick lang konnte er mit Aufbietung aller Kräfte das Ruder führen, aber plötzlich ließ er es mit einem verzweifelten Schrei fallen — eine Welle hatte ihn ergriffen und über Bord gespült. Als er nach schwerem Kampf mit den Wogen aufgefischt werden konnte, waren ihm beide Arme gebrochen.

Auf dem Deck ausgestreckt, in nasse Kleider gehüllt, lag nun der Held, während seine Kameraden mit hingegebener Tapferkeit ihr kümmerliches Leben verteidigten; blau vor Kälte, bis auf die Haut durchnäßt, mit vor Anstrengung verkrampften Fingern, trieben sie steuerlos dahin.

Endlich tauchte die Küste am Horizont auf. Ihr Anblick erweckte neue Hoffnung und spornte die Heloten des Meeres zu einer letzten Kraftleistung an. Der Wille zum Leben raste in ihren Adern und verlieh ihren Armen neue Stärke, und aus ihrem Innern schrie der Lebenshunger.

Schließlich war die Schreckensfahrt überstanden, die „Josefita“ lief in den Hafen ein, und während der Verunglückte in das Krankenhaus gebracht wurde ging Charol, um den Fang zu verkaufen. Denn sie nach zwanzigstündigem Kampf mit dem Tode dem Meere abgerungen hatten. In den düsteren Augen des Schiffers lag noch der Schatten der überstandenen Todesgefahr. Müdigkeit und Enttäuschung gaben ihm ein demütiges Aussehen, als er nun mit bloßem Kopf vor dem Einkäufer der Fabriken stand. Dieser sah ihn höflich und verächtlich an und sagte:

„Was, drei Arrobas? Ich werde Dir für jedes drei Pesetas geben.“

Es war kein anderer Einkäufer zum Hafen gekommen, da deren Zahl angesichts der Macht der Konservenfabriken überhaupt sehr zusammengeschmolzen war, und Charol, der also auch nicht den Ausweg der Verauktionierung wählen konnte, aber an das Uebereinkommen gebunden war, versuchte, im Innern verzweifelt, seinen Unwillen über das unerhörte Angebot zurückzuhalten.

„Drei Duros?“ murmelte er erbittert. „Die Hälfte und ein Anteil gehören dem Bootsherrn . . . Bleiben noch neun Mann . . . da bekommt jeder drei Reale!“

„Das ist Eure Sache!“

„Nein, Herr, das ist zu wenig. Da warten wir lieber, bis die See sich beruhigt und verkaufen in Villanoble“

„Länger als vierundzwanzig Stunden dürft Ihr den Fang nicht an Bord behalten; . . . wenn Ihr nicht vorher ausfahren könnt und Du bietest sie mir nochmals an, so zahle ich Dir fünf Centimos dafür!“

Messerscharf schleuderte der Aufseher seine Drohung dem Fischer entgegen, der sich plötzlich auf ihn stürzte, ihm einen Schlag ins Gesicht versetzte und ihm zuschrie:

„Dieb!“

Der verwegene Bursche wanderte ins Gefängnis.

Während zweier Monate kam Aurora täglich zu dem Fenster, hinter dessen Gitter ihr Freund in schmählicher Gefangenschaft saß, finster und verbittert und ohne anderen Trost als den, mit dem jungen Mädchen ein paar zärtliche Worte wechseln zu können.

Aurora war stets begleitet von Borlina, Charols gebrechlichem Hunde, der täglich schwerfälliger wurde und trauriger winselte, und dessen Augen jedesmal trüber blickten, als seinen sie müde vom Weinen. Aurora brachte bei jedem Besuch ein paar armselige Lebensmittel mit, um Abwechselung in die einförmige Gefängniskost zu bringen und immer blieb ein Stück Brot übrig für den Hund, der am Fuß des Gitters lag und nichts beanspruchte als eine Liebkosung.

Als die Gefängnistüren sich vor Charol öffneten, hatten sich die seines Hauses für immer geschlossen: das Gericht hatte es beschlagnahmt. Die Fischer machten Ausflüchte, als er in die Bemannung aufgenommen werden wollte; die unerfahrliche Nachsicht des Aufsehers machte ihren Einfluß geltend.

So nahm er das Leben wieder auf, das er als Kind geführt hatte, hauste in Höhlen und Felsschluchten am Strande, war zu schwach, um aus Auroras Nähe zu fliehen, und dennoch unfähig, sie mit sich zu locken ohne Plan und Ziel, Gott weiß wohin. Sie liebte ihn mehr denn je, nun, da er ausgestoßen und verfolgt war, begleitete ihn treu in seine düsteren Schlupfwinkel und wußte ihm auch in den trübsten und dunkelsten Stunden heitere Worte zu sagen.

Unter dem großmütigen Schutz der Liebe begann der Bursche wieder Mut zu fassen; es gelang ihm, sich eine Empfehlung an den Ingenieur eines nahegelegenen Bergwerkes zu verschaffen, und eines Tages verließ er die Küste, um im Innern der Erde die Hilfe zu suchen, die das Meer ihm versagte. Aurora würde den glücklichen Augenblick erwarten, der sie wieder mit ihrem Genossen unter einem schützenden Dach vereinte.

Aber es dauerte nicht lange, so erhielt sie einen beunruhigenden Brief von dem Abwesenden. Er war gefährlicher anarchistischer Umtriebe angeklagt, und man hatte ihm seine Stellung für die nächste Woche gekündigt. Er wußte nicht, wohin er sich wenden sollte; vielleicht würde er sich von einem Frachtboot anheuern lassen, das mit ungenügender Bemannung von Torremar abgehen sollte.

Seine wirren, traurigen Zeilen endeten mit der herzbewegenden Bitte: Hab' immer Vertrauen zu mir!

Aurora betam die Botschaft bei Anbruch der Nacht. Sie beschloß, ihren Freund am folgenden Tage aufzusuchen. Sie mußte ihm ein Geheimnis anvertrauen, das sie mit Freude und Furcht zugleich erfüllte; vielleicht hatte es Einfluß auf seinen Entschluß, sich auf diese ungewisse und ziellose Reise zu begeben.

Ich werde sehr früh fortgehen, dachte das Mädchen, dann werde ich vor Mittag zurück sein, und niemand wird es bemerken.

(Fortsetzung folgt.)

★ Was sollen wir lesen? ★

Sämtliche hier aufgeführten Bücher und Zeitschriften sind zu beziehen in Halle: Bezirks-Zentralbuchhandlung der Produktiv-Genossenschaft, Kerchenfeldstraße 14, in den in auswärtigen Filialen, sowie in der Volksbuchhandlung, Harz 42/44. Magdeburg: Buchladen der „Tribüne“, Jakobstraße 4.

Der Achtstundentag*)

Sozialreform oder soziale Revolution

Um den Achtstundentag haben die entscheidenden Auseinandersetzungen begonnen, mit denen die Bourgeoisie den Sieg der Konterrevolution vollenden will, während das Proletariat die letzten revolutionären Positionen verteidigt. Die Broschüre von Z. Leder rollt die Frage in ihrem ganzen Zusammenhang auf. Er zeigt, wie die Bourgeoisie, gezwungen durch die revolutionäre Stimmung der Arbeitermassen, aus Furcht vor dem Bolschewismus in den ersten Nachkriegsjahren fast überall den Achtstundentag als soziale und vor allen Dingen politische Notwendigkeit akzeptierte. Unter Benutzung eines außerordentlich umfangreichen Materials aus allen Ländern schreibt der Verfasser eine Geschichte des Achtstundentages, die gleichzeitig von diesem Hauptstreitpunkt der kämpfenden Klassen aus gesehen einen Ueberblick über die Gestaltung der gesamten wirtschaftlichen und politischen Nachkriegsverhältnisse gibt. Wie die Gegenoffensive der Bourgeoisie als Hauptinhalt auf wirtschaftlichem Gebiete die Abschaffung des Achtstundentages, die Wiederherstellung der hemmungslosen Ausbeutungsmöglichkeit des Proletariats enthält, wird an Hand der tatsächlichen Entwicklung gezeigt; eine ausführliche Schilderung der Auseinandersetzung der Klassen in Deutschland darüber, wer die Kosten des Weltkrieges und seiner Fortsetzung, des Ruhrkrieges, zahlen soll, führt mitten hinein in die zurzeit in Mitteleuropa sich abspielende Entscheidungsschlacht zwischen Revolution und Konterrevolution.

Unbarmherzig zerpflückt der Verfasser die reformistischen Floskeln über Produktionssteigerung und ähnliche, von der Bourgeoisie entlehnte Verschleierungsparolen. Indem er die Auseinandersetzung mit den reformistischen Gewerkschaftsführern zurückführt auf die entscheidende Frage „Sozialreform oder soziale Revolution“, führt Z. Leder die theoretische Arbeit der besten revolutionären Theoretiker des Proletariats fort.

Die Broschüre, die rechtzeitig erscheint, um den Arbeitern einen Gesamtüberblick zu geben über Sinn und Inhalt des Kampfes, den sie führen, ist nicht von vorübergehender Bedeutung, sondern wird dauernden Wert behalten. Sie gehört deshalb in die Hand jedes in der Gewerkschaftsbewegung wie in der politischen Partei tätigen Genossen, der aus ihr reiche Anregungen und wertvolles Material zum Kampfe gegen Amsterdamer Halbheit und stumpfen Indifferentismus gewinnen wird.

„Der Aufbau der Roten Armee in der Revolution“ von W. Antonow Owsjenko. 132 Seiten. (Verlag Carl Hoym Nachf., Hamburg 8). Grundpreis 50 Pf. — Diese Schrift, verfaßt von einem der Organisatoren der Vorläufer der Roten Armee — der Roten Garde, ist eine kurze Geschichte der russischen proletarischen Armee, die im Kampfe entstanden, siegreich an vierzehn Fronten die internationale Konterrevolution geschlagen hat und heute an der Wacht des proletarischen Staates steht. Aus dem Inhalt heben wir folgende Kapitel hervor: Die revolutionäre Kampftradition der Partei und die vorrevolutionären Vorurteile der Epoche. — Die Vorbereitung der bewaffneten Kräfte der Oktober-Revolution. — Die Oktoberstrategie. — Der Bürgerkrieg der ersten Periode. — Von der Freiwilligenarmee zur regulären Armee. — Die zweite Periode des Bürgerkrieges. — Die Organisation der Roten Armee bedeutet die Organisation der Revolution. — Der Sieg an der Wirtschafts- und Verwaltungsfront. — Die politische Arbeit in der Roten Armee. — Die Fragen der Kriegspolitik. — Die Rolle der Partei. — Die Fragen der Friedensperiode.

„Was wollen die Kommunisten?“ Im Verlag der „Viva“ erschien soeben unter obigem Titel eine Schrift, die ganz speziell für Landarbeiter und Kleingewerbetreibende bestimmt ist. Bei einem Umfang von nur 16 Seiten zeichnet sie in kurzen und schlagenden Worten die Forderungen der Kommunisten auf. Bei einem Preise von nur 12 Millionen, also billiger als eine Zeitung, muß es jedermann möglich sein, eine größere Anzahl dieser Schrift abzusetzen. Man soll diese kleine lebendige Arbeit seinem Kaufmann geben, seinen Bekannten auf dem Lande schicken, kurzum bei jeder Gelegenheit, wo man in Berührung mit Landarbeitern kommt, ist diese Schrift in erster Linie anzubieten oder zu schenken.

Die Gewerkschaften und die Parteien. Eine neue Nummer des „Kommunistischen Gewerkschafters“, Nr 22, ist erschienen. Der Leitartikel behandelt den „Kampf des Proletariats um die Macht und die Gewerkschaften“. Weitere Artikel behandeln die „Militärdiktatur gegen die Arbeiterklasse“, das „Arbeitszeitgesetz“, die „Verblendung der deutschen Arbeiterschaft und die werbeständigen Löhne“, „die Betriebsstillegungen und Produktionssabotage der Unternehmer“, „Erwerbslosigkeit und Arbeitslosenkämpfe“. Das Feuilleton behandelt die Hungerrevolten. Ein Artikel über die Streikbewegung im Reich, über die Stellungnahme der internationalen Proletariats zu der deutschen Revolution im internationalen Teil, die üblichen Rubriken aus den Bezirken und Industriegruppen ergänzen den Inhalt. — Alle Genossen müssen sich für die weiteste Verbreitung dieser Nummer, die auf die gegenwärtige Situation eingestellt ist, mit allen Kräften einsetzen.

„Proletarische Revolution und Kultur“ von N. Bucharin. 82 Seiten. (Verlag Carl Hoym Nachf., Hamburg 8.) Grundpreis 35 Pf. — Der Verfasser behandelt in dieser Schrift die Fragen der Kultur nicht vom Standpunkte der philosophischen Spekulation, sondern als Lebensfragen des siegreichen Proletariats, das die Aufgaben hat, die Kultur der Klasse schöpferisch zu gestalten.

*) Führer-Verlag, Berlin N 39, Charitestraße 7. Organisationsausgabe, Grundzahl 1,20 Mk., in Pappband 3,20 Mk., in Halbleinen 4 Mk.; für Organisationen und in den Buchhandlungen der KPD. ermäßigte Schlüsselzahl.

Der Führer

Von E. Preobraschensti

Die erste Periode. Die Partei besteht aus einigen wenigen Zirkeln in ganz Rußland. Ihre Aufgaben bestehen einerseits darin, mit den fortschrittlichen Arbeitern die Verbindung aufzunehmen, anderseits darin, einen entschiedenen Kampf gegen die Narodniki, für die Marxsche Theorie und die Marxistische Auffassung der Gesetze der Ökonomischen Entwicklung des Landes zu führen Genosse Lenin steht im Vordergrund der Organisationsarbeit, er stützt sich auch auf theoretischem Gebiet in den Kampf. Die Meinung ist allgemein verbreitet, daß das erste legale Auftreten des Marxismus auf russischem Boden das Erscheinen der „Kritischen Bemerkungen über die ökonomische Entwicklung Rußlands“ P. Struves im Jahre 1894 war. Der vor kurzem endlich gefundene hektographierte Artikel des Genossen Lenin, der dem Jahre 1893 angehört und im allgemeinen derselben Frage gewidmet ist, beweist, daß die Priorität der Politik des legalen Auftretens des Marxismus in Rußland dem Genossen Lenin zukommt.

Außerdem war es der Marxismus und nicht seine liberal-struvistische Fälschung. Während G. W. Plechanow die Narodniki angriff und gegen die Marx-Kritiker in den allgemein theoretischen Fragen verteidigte, versetzt ihnen Genosse Lenin einen vernichtenden Schlag auf Grund des Studiums der Tatsachen unserer Ökonomik. In seinem Buch „Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland“ überschüttete er den Standpunkt der sentimentalen, sich originell gebärdenden Narodniki mit dem Maschinengewehrfeuer objektiver Zahlen, die alle kleinbürgerlichen Utopien hinsichtlich des besonderen Weges der Entwicklung Rußlands im Vergleich zu dem „morschen“ kapitalistischen Westeuropa vernichteten.

Es beginnt der Kampf gegen den Ökonomismus, diese erste menschewistische Entstellung des Marxismus und seiner Taktik. Genosse Lenin steht in diesem Kampf an der Spitze vor allen. Seine Schrift „Was tun?“ ist die Formulierung der dem Ökonomismus diametral entgegengesetzten Position. In dieser Broschüre ist bereits in groben Zügen die Organisation der bolschewistischen Partei skizziert. In dieser Periode ist Genosse Lenin die Seele der ersten revolutionären „Iskra“ und der ganzen „Iskrabewegung“. Die „Iskra“ („Der Funke“) beginnt darauf als Organ des revolutionären Marxismus zu erlöschen, nachdem sie nach der Spaltung in die Hände der Martow u. Ko. übergeht. In der noch nicht gespaltenen Partei war Plechanow der Führer, aber bereits damals war es für alle klar, wer ihn ersetzen wird, sobald er sich nicht als der richtige Mann erweisen sollte. Im Jahre 1903 fand auf dem zweiten Parteikongreß die Spaltung statt, von der unsere Partei ihre Existenz herleitet (anfangs hießen die Bolschewiki — die Bolschewisten, die Menschewiki — die Menschewisten). Lenin führt den revolutionären Flügel der Partei mit Sicherheit zur Spaltung. Er sieht vollkommen klar und erkennt bereits damals in den Menschewiki eine russische Abart des internationalen Opportunismus (d. h. eine Agentur der Bourgeoisie in den Reihen des Proletariats), die nur dank den politischen Verhältnissen des Landes und der unterirdischen Existenz der ganzen Partei eine mehr rosige Färbung hat. Von diesem Gedanken, der damals bereits einigen Bolschewiki als eine Uebertreibung erschien, ließ sich Genosse Lenin in seiner ganzen Taktik in bezug auf die Menschewiki in allen Resolutionen leiten.

Es beginnt die Revolution von 1905. Die Partei verwandelt sich in einen der wichtigsten Faktoren des politischen Lebens des Landes.

Es beginnt der Kampf, die Massen werden in die Bewegung hineingezogen. Und hier nun beginnt, wenn auch noch vorläufig innerhalb nationaler Grenzen, das Grundtalent des Genossen Lenin, sich zu entfalten, es entfaltet sich das unvergleichlich taktische Genie Wladimir Iljitschs. Er gibt eine tiefe und richtige Analyse der Klassenkräfte, die in der Revolution wirksam sind, er verteidigt die Linie der Hegemonie des Proletariats in der Revolution, er gibt als erster eine klassisch-klare Formulierung der Rolle der Bauernschaft — dieser Infanterie, die von dem Proletariat geführt wird in unserer Revolution —, er definiert die Bourgeoisie, trotz ihrer — vorläufig liberalen — Tendenzen als eine der Grundkräfte der Konterrevolution, er formuliert deutlich den Gedanken, daß die bürgerlich-demokratische Revolution (damals war nur von einer solchen die Rede) nur durch einen Arbeiter- und Bauernblock unter der Führung des Proletariats und im Kampfe gegen die Bourgeoisie selbst zu Ende geführt werden kann, oder sie werde überhaupt nicht zum Siege gelangen. Die erste Revolution von 1905, in der die Bauernschaft das Proletariat nicht unterstützte, während die Bourgeoisie in das Lager der Reaktion strömte, bei dieser Prognose durch ihren Mißerfolg vollkommen bestätigt. Die Februar- und Oktober-Revolution von 1917 (wenn man sie als zwei Revolutionen und nicht als zwei Phasen einer Revolution betrachtet) bestätigt vollkommen die Richtigkeit dieser Prognose durch ihren vollen Erfolg.

Die Revolution ist zerschlagen. Man muß unter neuen Bedingungen auf Grund eines neuen Kräfteverhältnisses arbeiten, das bereits nicht mehr für morgen ein neues Steigen der revolutionären Quelle verspricht, so unvermeidlich sie auch im allgemeinen sein mag.

Genosse Lenin täuscht sich zusammen mit der gesamten Partei, die das Ausmaß und die Folgen der Niederlage des Dezemberaufstandes von 1905 unterschätzt hat. Aber Genosse Lenin bemerkt als erster seinen Fehler und tritt als erster für seine sofortige Wiedergutmachung ein, indem er die Beteiligung der Partei an den Wahlen für die zweite Staatsduma als notwendig betrachtet. Die Mehrheit der Partei war gegen die Wahlen für die dritte Duma. Genosse Lenin stimmte als einziger in der russischen Delegation auf der Parteikonferenz im Jahre 1908 in Finnland für die Wahlen. Wie immer machte er keine Zugeständnisse, wenn er von der Richtigkeit seines Standpunktes überzeugt war. Der Beschluß über die Wahlen wurde mit den Stimmen der Menschewiki und der polnischen Sozialdemokraten und Bolschewiki angenommen. Genosse Lenin erwies sich im Recht. Später verstärkte sich unter den Bolschewiki die Strömung für die Verschmelzung mit jenen Menschewiki, die dann in der gleichen Weise mit den Liquidatoren brechen werden, wie die Bolschewiki mit den Otzovisten brechen. Fast alle Mitglieder des Zentralkomitees sind für die Verschmelzung. Genosse Lenin ist dagegen. Es vergehen Monate, und alle sehen, daß er recht hatte. Ich will nicht von der Rolle des Genossen Lenin in der Periode der Reaktion sprechen, als man „gegen den Strom“ steuern mußte und er, wie immer, der Steuermann war.

Es erscheinen die Vorboten des ersten Aufschwungs. Wladimir Iljitsch wendet alle Mühe daran, die Ueberreste der geschwächten Organisationen in Rußland wieder zu sammeln, er sendet Vertrauenslente nach Rußland zum Arbeiten, ist über jeden Mißerfolg aufgeregt, reibt sich freudig die Hände bei jeder Nachricht über diesen oder jenen Erfolg. Die Einberufung einer Konferenz unserer Organisationen im Auslande steht auf der Tagesordnung. Er besteht darauf, in unseren Reihen nur die festesten, unversöhnlichsten Feinde des menschewistischen Opportunismus zusammenzuschließen und der versöhnlicheren Gutmütigkeit keinerlei Zugeständnisse zu machen. Sogar einige unter den Bolschewiki verstehen dieses hartnäckige „Sektierertum“ nicht. Die Ereignisse bestätigen wiederum vollständig die Prognose Wladimir Iljitschs. Als in Rußland nach den Erschießungen der Proletarier am Flusse Lena alles in Aufregung geriet, siedelte Iljitsch näher zur Grenze, nach Krakau über, um von dort aus die Partei leichter führen zu können.

(Schluß folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019231115-18/fragment/page=0006

Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint Werktags. Bezugspreis frei Haus 11.—17. Nov. 155 Milliarden, durch die Post 2310 Mill. Mk. ohne Zustell-Gebühr. Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft d. Bez. Halle-Merseburg eGmbH. Halle Lerchenfeldstraße 14. Fernruf 1045. 1047. 2251. Schriftleitung: Sprechzeit 12—1 und 5—6 Uhr.

Der Anzeigenpreis beträgt 9 Goldpfennige f. d. Millim. Höhe u. Spalte; 38 Goldpfennige f. Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textseitenteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten. Bankkonto: Commerz- und Privatbank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48, Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 30 Milliarden | Donnerstag, den 15. November 1923 | 3. Jahrgang Nummer 268

Der Weiße Terror wütet.

Die Weiße Pest wütet unter der von der VSPD. und ihrem mit unsterblichen Ruhm bedeckten Reichspräsidenten Ebert in den Sattel gehobenen Diktatur Seeckt. Noch umkleidet sich die Diktatur Seeckt mit dem zerschlissenen parlamentarischen Mäntelchen der formalen Demokratie, aus dessen tausend Löchern die Fratze des Weißen Terrors lugt. Am Dienstag tritt der Reichstag zusammen, und es wird sich dann entscheiden, ob die parlamentarische Attrappe eines Weißen Horthy-Regiments in Deutschland, das in Süddeutschland mit dem Namen Kahr, in Norddeutschland mit Seeckt firmiert, auf den Scheiterhaufen wandert, oder ob es Stresemann gelingt, eine parlamentarische Mehrheit für ein Kabinett zu gewinnen, das sich als willenloses Werkzeug der Seeckt-Diktatur gebrauchen läßt und den durch nichts beschränkten Weißen Terror für ganz Deutschland etabliert.

Indessen wütet der Weiße Terror nicht allein in Bayern, er dehnt sich bereits auf das schwäbische „Musterländle" Württemberg und auf Norddeutschland aus. In Thüringen ist die Reichswehr drauf und dran, alles, was irgendwie an die marxistische Arbeiterbewegung erinnert, auszutilgen. In Jena hat sie die Firma unseres dortigen Druckereiunternehmens, das den Namen Karl-Liebknecht-Haus trägt, mit schwarzer Farbe überstreichen lassen. Offenbar glauben die Herren Reichswehroffiziere damit den Namen des besten Vorkämpfers des Proletariats auch im Gedächtnis der Arbeiter auslöschen zu können. In Berlin hat Seeckt in höchsteigner Person das Streikpostenstehen der Buch- und Banknotendrucker verboten. Für ihn besteht das verfassungsmäßig garantierte Koalitionsrecht und die freie Verfügung der Arbeiter über ihre Arbeitskraft längst nicht mehr. Wozu sich aber die Seeckt-Diktatur auswächst, das zeigt die Entwicklung der Dinge in Süddeutschland. Nachdem Kahr die kommunistische und sozialdemokratische Presse verboten, die Kommunistische Partei aufgelöst, ihr Vermögen dem Staate verfallen erklärt und alle Kommunisten, falls sie sich als solche betätigen, mit Zuchthaus bedroht hat, läßt es auch dem schwäbischen Reichswehrgeneral Reinhardt keine Ruhe mehr. Seine faszistischen Reichswehrtruppen haben auch in Württemberg den Ausrottungsfeldzug gegen die Kommunisten begonnen. Ganze Dörfer werden überfallen, die Haustüren eingeschlagen, Verhaftungen in Massen vorgenommen und alles, was sich irgendwie zur Wehr setzt, niedergeschlagen. Auch vor Frauen und Kindern wird dabei nicht Halt gemacht. Die Tatsache, daß man einem kleinen Mädchen beide Beine zerschossen hat, beweist, daß der Weiße Terror in Deutschland zu der gleichen Pest wird, die in Horthy-Ungarn gewütet hat, wenn ihm das deutsche Proletariat nicht einig und geschlossen in den Arm fällt.

Was tut in diesem Augenblick die Sozialdemokratie? Sie stellt von neuem Forderungen an die Regierung Stresemann, als ob Stresemann, nachdem alle Macht der vollziehenden Gewalt durch Eberts Verordnung auf Seeckt übergegangen ist, überhaupt noch etwas zu sagen hätte! Die VSPD.-Führer fordern die Wiederherstellung verfassungmäßiger Zustände in Bayern, sie fordern, daß die Erwerbslosenunterstützung nicht eingestellt wird und beauftragen ihrer Fraktionsführer, „Beschwerde gegen die Handhabung des Ausnahmezustandes in Sachsen und Thüringen" bei Stresemann zu führen.

Von Kampf ist in dem Beschluß, den der Zentralvorstand und die Reichstagsfraktion der VSPD. gefaßt hat, mit keinem Wörtchen die Rede. Die Herrschaften erfüllt schon der Gedanke an einen Reichstagswahlkampf mit Angst und Schrecken. Die Regierung der Seeckt-Diktatur spielt nämlich mit der Auflösung des Reichstags; für den Fall, daß sie keine parlamentarische Mehrheit findet. Die Seeckt-Diktatur handhabt die Mussolini-Methoden: Entweder ist ihm, d. h. dem schwerindustriellen Faszismus, das Parlament zu Willen, oder es wird auseinandergejagt. Und der Reichstag absolut, wenn er Seeckts Willen tut!

Der „Vorwärts" erklärt den Gedanken, den Reichstag aufzulösen, ohne ihn innerhalb der verfassungsmäßigen Frist von 60 Tagen neu wählen zu lassen, als verbrecherisch. Es bedeute ungeheure Gefahr, ja Anarchie für die „Außenpolitik und für Wirtschaft". Der „Vorwärts" verrät damit, daß Seeckt und Stresemann die sozialdemokratischen Mameluken des Faszismus richtig einschätzen. Die Sozialdemokratie wird im Reichstag in die faszistische Front einschwenken, damit nur ja der Reichstag, der nichts mehr zu sagen hat, nicht aufgelöst, die sozialdemokratischen Führer ihre Mandate behalten und der Weiße Teror „legalisiert" wird.

Die Seeckt-Diktatur gibt, wie in unserm heutigen Leitartikel des näheren dargelegt wird, das Rheinland preis. Sie will sich auf das übrige Deutschland zurückziehen, um es nach der Niederwerfung des Proletariats wieder zu erobern. Sie glaubt so, den kapitalistischen Staat und die kapitalistische „Ordnung" zu retten. Müßiges Beginnen! Die Weiße Diktatur wird scheitern. Die Verträge der Schwerindustrie mit Poincaré sehen neben der Abschaffung der Achtstunden- und der Einführung der Zwölfstundenschicht, den Abschub der Erwerbslosen aus dem besetzten Gebiet vor. Die Hälfte der Bevölkerung des Rheinlands ist bereits erwerbslos. In kurzem werden es drei Viertel sein. Das Rheinland Poincaré, die hungernden Massen dem unbesetzten Deutschland der Weißen Diktatur! Damit ist, wenn ohne dem schon eine Finanz- und Währungsreform in Deutschland möglich wäre, die neue Rentenmark und jede andere Währungsreform hinfällig. Jede neue Währung geht den Weg der alten. Brot und Arbeit kann die Seeckt-Diktatur den hungernden Massen nicht geben. Sie zwingt sie, Hungers zu sterben oder sich zu erheben. Die hungernden Massen werden, müssen es tun und die Kommunisten werden ihre Führer sein!

*

Die Kommunisten sollen mundtot gemacht werden

(Eig. Drahtm.) Berlin, 14. November.

Gestern hat im Reichswehrministerium eine Konferenz stattgefunden, in der Maßnahmen zur weiteren Unterdrückung der kommunistischen Propaganda beraten worden sind. Jede legale Möglichkeit zur Herausgabe von Zeitungen oder Nachrichten soll unterdrückt werden und auch gegen andere herausgegebene Blätter soll äußerst scharf vorgegangen werden. Seeckt kann die kommunistische Wahrheit nicht vertragen.

*

Der Weiße Terror in Württemberg

Faszistische Reichswehrbestien zerschießen einem Kind die Beine

(Eig. Drahtm.) Stuttgart, 14. November.

In Württemberg geht die Reichswehr und Schupopolizei dazu über, die Ortschaften kriegsmäßig zu überfallen und alles, was als Kommunistenführer bekannt ist, zu verhaften. Bei diesen Streifen kam es natürlicherweise durch die Brutalität der betreffenden Reichswehr- und Schupotruppen zu schweren Konflikten mit der Bevölkerung. Die Reichswehr ist teilweise überhaupt keine Reichswehr, sondern besteht aus eingekleideten Faszisten. Die Truppen schlagen mit Gummiknüppel wahllos auf die Bevölkerung ein. Die verschlossenen Haustüren werden, wenn sie nicht schnell genug aufgemacht werden, eingeschlagen. Ein solcher Ueberfall geschah vor einigen Tagen in Büssingen und gestern in Schweningen. Ueberfälle auf weitere Ortschaften sind geplant. In Schweningen gab es zwei Tote und viele Verwundete, darunter ein kleines Mädchen, dem beide Beine durchschossen wurden. Etwa 187 unserer Funktionäre sind bis jetzt verhaftet worden. Da stündlich neue Verhaftungen vorgenommen werden, läßt sich die Zahl nicht genau feststellen. In Schweningen sind bis jetzt noch weitere 19 Verhaftungen dazu gekommen.

*

Ehrhardt fordert Amnestie für die Hochverräter

… n, 15. November.
… Bayern verbreitete
… getreu hinter dem
… ahrs Führung eine
… band vaterländischer
… desselben Inhalts;
… einer Entschließung,
… tudentenkreise nichts
… Kahr stehe.
… sich Kapitän Ehr-
… dem Generalstaats-
… daß alsbald eine
… otenen natio-
… rlässiger Füh-
… ationalen Ar-
… wird die Forderung
… hrung der bayrischen
… der vaterländischen

… rff, Ehrhardt

… en, 15. November.
… vormittag wurden
… nz zur letzten Ruhe
… es Mitarbeiters des
… waren viele Offi-
… zialistischen Sturm-
… Ludendorff und der
… auf den Sarg be-
… uch Kapitänleutnant
… zu verhelfen.

Der Retter Ehrhardt

Aus Münchener Schilderungen geht hervor, daß der doch immerhin noch steckbrieflich verfolgte Ehrhardt beabsichtigt, die führende Rolle im Kampfe um die nationale Diktatur in Deutschland zu übernehmen. Er läßt erklären, daß seine Brigade nach ihrem Abrücken aus dem Koburgischen keineswegs an der Niederkämpfung der Nationalsozialisten teilgenommen habe, sondern daß er sich im Gegenteil ganz energisch gegen ein Vorgehen mit Waffengewalt gegen Hitler bei Kahr eingesetzt habe. — Hitler soll übrigens nicht vor das Standgericht, sondern vor das „Volksgericht" kommen, dessen Urteile, wenn es überhaupt zu einem Prozeß kommen würde (was wir für ausgeschlossen halten), ja in ihrer Art hinlänglich bekannt sind. Vor das Standgericht wird trotz der bewaffneten Kämpfe mit tödlichem Ausgang keiner von den Hitler-Ludendorff-Leuten kommen. Es werden weit eher Tausende von Kommunisten wegen ihrer bloßen Parteizugehörigkeit ins Zuchthaus wandern, als daß den „vaterländischen Weißgardisten" auch nur ein Härchen gekrümmt wird.

Der verhaßte Karl Liebknecht

Jena, 14. November.

Das kommunistische Karl-Liebknecht-Haus am Lutherplatze, in dem die Kommunistische Partei ihr Bezirksbureau und die Zeitungsdruckerei hat, ist von der Reichswehr umgetauft worden. Der Name Liebknecht wurde durch schwarze Farbe ausgetilgt. Nun heißt es „Karl-Haus".

Die legale Rheinische Republik

Nur die Arbeiterräte sichern die Einheit Deutschlands

WTB. (Amtlich.) Berlin, 14. November.

Gegenüber vielfach, namentlich im Ausland verbreiteten Gerüchten, wonach mit Zustimmung der Reichsregierung die Errichtung einer autonomen Rheinischen Republik bevorstehe, wird von zuständiger Stelle erklärt, daß die Reichsregierung nach wie vor auf dem Standpunkt steht, daß für sie jede Diskussion über eine Veränderung der staatsrechtlichen Verhältnisse vom Rheinland und Ruhrgebiet zum Reich ausgeschlossen ist. Die Reichsregierung wird niemals einen dahingehenden Schritt tun und niemals eine Ermächtigung zur Ausrufung der Rheinischen Republik erteilen. Für das Verhältnis der Rheinlande zu den Ländern wie für jede Aenderung dieses Verhältnisses kann nur die deutsche Reichsverfassung maßgebend sein.

WTB. Berlin, 14. November.

Die Reichsregierung hat die von dem Kölner Bankier Louis Hagen gegründete Rheinische Währungsbank genehmigt.

*

Das Stresemann-Kabinett schwört amtlich, daß ihm die Einheit Deutschlands, die Erhaltung des Rheinlands beim Reich ein unverlierbarer Besitz sei. Aber während es noch den Schwurfinger in die Höhe hält, wird sein Schwur schon zum Meineid: es genehmigt die Bank, die Louis Hagen in Köln zur Sanierung der Rheinischen Währung aufgemacht hat. Die Goldnotenbank des Herrn Louis Hagen, Aufsichtsratsmagnaten und größten deutschen Devisenschiebers, ist der erste legale Schritt zur Rheinischen Republik, von dem die Regierung sagt, daß sie sie nicht dulden werde. Mit der Genehmigung des Vorsitzenden der Rheinlandkommission, Tirard, hat Louis Hagen seine Bank gegründet. Poincaré also, und mit ihm die schwerkapitalistischen Großbankiers des Rheinlands, standen an ihrer Wiege Pate und Stresemann erkennt das Kindlein an. Aber er schwört.

Das wertbeständige Geld, mit der der katholisch getaufte Herr Levi Hagen unter freundlicher Mitwirkung Pariser Großbanken die rheinische Bevölkerung beglücken will, ist nicht eine Waffe gegen den Rheinfranken Poincarés und der Sonderbündler; es ist nur das ergänzende Gegenspiel des rheinischen Schwerkapitals zum Spiel der französisch-sonderbündlerischen Finanzkreise mit der Währungsreform die Grundlage für die formelle Ablösung des Rheinlands und des Ruhrgebiets von Deutschland zu schaffen.

Aber die Stresemann-Regierung schwört, daß sie das alles nicht duldet.

Weiß die Stresemann-Regierung nicht, daß die von ihr genehmigte Währungsbank nur ein Ausschnitt aus dem großzügigen Landesverrats-Programm der Stinnes, Otto Wolff, Krupp im Verein mit Louis Hagen und dem Kölner Oberbürgermeister Adenauer ist?

Ist ihr entgangen, daß schon in der vorigen Woche Paul Lensch im Stinnes-Staatsanzeiger, der „D. A. Z.", schrieb: die Regierung möge durch „verständnisvolle Beeinflussung" der Frage der Rheinischen Republik dem besetzten Gebiete wenigstens ein politisches Chaos ersparen, damit dem heutigen (!) Separatistengesindel nicht der sichere Sieg in den Schoß falle?

Weiß sie nicht, daß Adenauer, Louis Hagen und der Fünfzehner-Ausschuß des besetzten Gebiets ebenso wie der rheinische Provinziallandtag, auf dem der neue Innenminister Stresemanns, Jarres, noch große patriotische Reden über die Einheit Deutschlands hielt, einig sind in der Loslösung des Rheinlands von Preußen? Weiß sie nicht, daß alle bürgerlichen Parteien des Rheinlandes diese Forderungen zu den ihren gemacht haben? Welches politische Kind glaubt, daß heute die Loslösung von Preußen nicht auch die Loslösung des Rheinlandes und des Ruhrgebiets von Deutschland und seine Auslieferung an den französischen Imperialismus bedeutet?

Was gedenkt die Stresemann-Regierung, die auf die nationale Einheit schwört, gegen den offenen Landesverrat der bürgerlichen Parteien des Rheinlandes, seiner hohen Beamten und seiner Großbankiers und Schwerkapitalisten zu tun?

Sie ist ohnmächtig gegen diese Mächte des Schwerkapitals, von denen sie abhängt. Sie kann nur Erklärungen erlassen, denen man die Ohnmacht schon von ferne ansieht. Sie kann nur dulden und Meineide schwören. Denn was sich jetzt im Rheinland vollzieht, ist nur der logische Schluß aus der Duldung der landesverräterischen Verhandlungen der Stinnes, Krupp und Otto Wolff mit Poincaré. Die amtliche Erklärung der Reichsregierung, daß sie das Rheinland nicht abtrete, ist in Wirklichkeit nur die verhüllte Legalisierung der bereits vollzogenen Gründung der Rheinischen Republik.

Aber die Regierung läßt nicht nur bereits vollendete Tatsachen über sich widerstandslos ergehen, sie fördert durch ihre Handlungen die Loslösung. In dem Augenblick, in dem die Louis Hagen und Stinnes, Adenauer und Jarres handelseinig mit Tirard geworden sind, stellt die Reichsregierung die Arbeitslosenunterstützung im Ruhrgebiet ein, sie liefert damit Millionen deutscher Arbeiter dem Hungertode aus. Sie erzeugt dadurch das politische Chaos, aus dem Paul Lensch und Stinnes die „Rettung durch die Rheinische Republik" erhoffen. Aber nicht nur das: durch den Schlußsatz ihrer amtlichen Erklärung, daß für die Loslösung des Rheinlandes die Reichsverfassung maßgebend sei, gibt sie den schwerkapitalistischen Sonderbündlern auch den formalen Ausweg für die Gründung ihrer

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019231115-18/fragment/page=0007